

bundesarbeitsgemeinschaft
Landesjugendämter

DAS JUGENDAMT.
Unterstützung, die ankommt.



Wie Jugendämter die Auswirkungen der Corona-Pandemie einschätzen und welchen Handlungsbedarf sie sehen

Befragung der Jugendämter in Zeiten von Corona und für die Zeit danach!

**In Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft
Landesjugendämter**

Zusammenfassende Ergebnisdarstellung

Mainz, April 2021

Heinz Müller (heinz.mueller@ism-mz.de)

Eva Dittmann (eva.dittmann@ism-mz.de)

Julia Büchel (julia.buechel@ism-mz.de)

Miriam Wolf (miriam.wolf@ism-mz.de)

Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH (ism)

Flachmarktstr. 9

55116 Mainz

Tel: 06131 - 240 41 – 0

Fax: 06131 – 240 41 50

www.ism-mainz.de

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	3
2. Anlass und Ziel der Jugendamtsbefragung	6
3. Methodisches Vorgehen	7
4. Wie Jugendämter die Auswirkungen der Corona-Pandemie einschätzen und welchen Handlungsbedarf sie sehen.....	10
4.1 Rücklauf und Stichprobenmerkmale	10
4.2 Auswirkungen der Pandemie auf das Leben von Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Familien.....	14
4.3 Auswirkungen der Pandemie für die Kinder- und Jugendhilfe	19
4.4 Rahmenbedingungen der Kinder- und Jugendhilfe	23
4.5 Aus den Erfahrungen lernen.....	25
5. Fazit und Ausblick	30
6. Literatur	36

1. Einleitung

Die Pandemie geht inzwischen in das zweite Jahr – mit erheblichen Ausnahmesituationen für junge Menschen und Familien.

Für viele Kinder und Jugendliche stellt inzwischen der Kontakt zu Gleichaltrigen in Kindertagesstätten oder Schulen sowie zu anderen Menschen außerhalb der Familie mehr die Ausnahme als die Regel dar. Zwei Jahrgänge von Grundschulkindern haben noch keinen echten Regelbetrieb von Schule kennengelernt. Studierende im dritten Semester kennen die Hochschule nur durch Videokonferenzen und digitale Kommunikationsformen. 2022 wird die erste Studierendengeneration einen Bachelorabschluss machen, ohne je eine Hochschule betreten und/oder das Elternhaus verlassen haben zu müssen. Ebenso werden viele zehntausende Achtklässler im Jahr 2020 die Schule vermutlich zum letzten Mal real betreten haben und diese oftmals ohne Abschluss in diesem oder im nächsten Jahr verlassen. Im zweiten Jahr der Pandemie findet Kindheit und Jugend überwiegend nicht in öffentlich verantworteten Institutionen, sondern im familialen Nahraum statt. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklungschancen junger Menschen. Es liegt nahe, dass die familialen und sozialen Bedingungen für Kinder und Jugendliche hierdurch verschärfend auf ungleiche Entwicklungs- und Teilhabechancen wirken. Oder anders formuliert: Wenn die öffentlich verantworteten Entwicklungsräume nur eingeschränkt genutzt werden können, dann wirken sich die fehlenden Unterstützungsmöglichkeiten von Schule und der Kinder- und Jugendhilfe auch sehr viel stärker auf die Chancen(un)gleichheit aus.

Mit Gleichaltrigen die Welt zu entdecken, war und ist seit März 2020 ebenso wenig möglich, wie in Vereinen sportliche oder kulturelle Aktivitäten zu gestalten.

Diese wichtigen Erfahrungsräume im Sozialisationsprozess junger Menschen waren und sind vermutlich bis Sommer 2021 überwiegend verschlossen oder in digitale Räume verlegt. Kinder und Jugendliche erleben im zweiten Jahr eine Politik im Ausnahmezustand. Was über Jahrzehnte fast undenkbar war – eine massive Einschränkung von Grundrechten – wird zum Alltag. Es ist unbenommen, dass die Politik die notwendigen und geeigneten Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und besonders vulnerabler Gruppen ergreifen muss. Verschiedene Studien zeigen, dass gerade junge Menschen hierfür ein hohes Maß an Verständnis und Akzeptanz aufbringen. Sie achten die Regeln, handeln solidarisch und arrangieren sich mit dem, was möglich ist (vgl. Andresen u.a. 2021). Kinder und Jugendliche erleben eine sehr machtvoll abseits parlamentarischer Prozesse und ohne, dass junge Menschen mit ihren Bedürfnissen darin viel Gehör finden. Neben der schulischen Bildung gehört das Hineinwachsen in gesellschaftliche Norm- und Werteverständnisse sowie in demokratische Strukturen zu den zentralen Entwicklungs- und Sozialisationsaufgaben in Kindheit und Jugend. Junge Menschen erleben gerade außerordentliche demokratische Prozesse im Ausnahmezustand, die sie für sich einordnen müssen. Hierzu sind die Erfahrungsräume der Jugendarbeit und der politischen Bildung so wichtig wie schon lange nicht mehr.

Kinder und Jugendliche waren und sind im zweiten Jahr der Pandemie sehr stark auf den familialen Nahraum und ihre Eltern(-teile) verwiesen. Das hat nachhaltige Auswirkungen auf ihre sozialen Teilhabechancen und ihre Gesundheit.

Eltern unterstützen im home schooling und müssen sich ganz neu hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf organisieren. Für Kinder, Jugendliche und Eltern bedeutet die Auseinandersetzung mit den Anforderungen einer komplett neuen, anderen und häufig mit vielen Unsicherheiten verbundener Alltagsgestaltung eine besondere Herausforderung. Ob diese neue Alltagsgestaltung gelingt, hängt von vielen Faktoren ab, wie beispielsweise: Sicherheit und Flexibilität im Beruf, digitale und räumliche Ausstattung, Bildungsniveau sowie psychische Stabilität und der Tragfähigkeit der Beziehungen. Für viele Kinder und Erwachsene entwickelt sich die Dauerkrisenzeit mit permanenten Verunsicherungen und Veränderungen zu einem kritischen Lebensereignis. Junge Menschen und Familien in prekären Lebenslagen, mit psychischen Erkrankungen oder jene, die belastende Lebensereignisse zu bewältigen haben (z.B. Krankheit, Tod, Flucht, Verlust der Arbeit, etc.), sind in besonderer Weise betroffen. In der sogenannten COPSY-Studie (Corona und Psyche) wurde zum zweiten Mal die Situation von Kindern und Jugendlichen während der Coronakrise abgefragt. Fast jedes dritte Kind leidet demnach ein knappes Jahr nach Beginn der Pandemie unter psychischen Auffälligkeiten (vgl. Ravens-Sieberer u.a. 2021, vgl. hierzu auch Spieß u.a. 2021). Kinder und Jugendliche leiden zudem an Bewegungsmangel und verstärkt dadurch an Übergewicht, so auch der Verband der Kinder- und Jugendärzte (vgl. Szent-Ivanyi 2021).

Die Folgen der Pandemie treffen alle Altersgruppen und Schichten – manche allerdings in besonderer Weise und mit erheblichen Auswirkungen.

Fast täglich erscheinen neue Berichte zur Situation von jungen Menschen und Familien in spezifischen Lebenslagen. Schon im ersten Lockdown im Frühjahr 2020 richtete sich die öffentliche Aufmerksamkeit verstärkt auf das Thema Kinderschutz und Gewalt gegen Frauen. Aus unterschiedlichen Institutionen und Professionen wurde die Sorge um eine Zunahme von Gewalt und Missbrauch in engen sozialen Beziehungen formuliert. Da Kindertagesstätten, Schulen und Jugendzentren als in der Regel „sichere Orte“ oftmals über Wochen und Monate wegfallen, wurde eine Zunahme an (unentdeckten) Kindeswohlgefährdungen erwartet. Bei der Sicherstellung von Kinderschutz handelt es sich um eine Kernaufgabe der Kinder- und Jugendhilfe, die hier in besonderer Weise angesprochen wurde (vgl. Müller u.a. 2020). Eine weniger große Aufmerksamkeit erhält das Thema Wohnungslosigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, deren Lebenssituation sich in der Pandemie dramatisch verschärft hat. Wie junge Geflüchtete in Deutschland unter diesen Bedingungen zurande kommen und was diese Ausnahmesituation für ihre Lebensperspektive in Deutschland bedeutet, stellt ebenfalls nur ein Randthema da, obwohl es über 100.000 junge Menschen unmittelbar betrifft.

Anders als im Frühjahr 2020 kann man im zweiten Jahr der Pandemie nicht mehr davon ausgehen, dass die Folgen nur vorübergehender Natur sind, oder nur ganz bestimmte Gruppen besonders betreffen.

Vieles von dem, was Kindheit und Jugend auszeichnet und für eine gelungene Sozialisation und Lebensbewältigung wichtig ist, kann im zweiten Jahr der Pandemie nicht bzw. nur mit erheblichen Einschränkungen stattfinden. Die Welt nach Corona wird nicht die gleiche sein wie vorher. Zwei Ausnahmejahre im Leben von Kindern und Jugendlichen werden deutliche Spuren und nachhaltige Folgen für ihre Zukunft, das soziale Zusammenleben und ihre Teilhabechancen hinterlassen. Die sozialen Folgen der sozialen Distanzierung sind gerade mit Blick auf die spezifische Lebenssituation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie Familien erheblich. Für die kurze Lebensspanne von Kindern und jungen Menschen sind zwei Ausnahmejahre ein langer und entscheidender biografischer Einschnitt. Junge Menschen äußern Angst und die Sorge, zu den Verlierer*innen am noch nicht ganz absehbaren Ende dieser Krise zu gehören und von den noch nicht absehbaren Folgen nachhaltig beeinträchtigt zu sein. Unsicherheit, Gefühle von Kontrollverlust sowie Mangel an Überblick betreffen alle Altersgruppen (vgl. Andresen & Schröer 2021).

Die Folgen der (sozialen) Kontakteinschränkungen beeinflussen das ganze Leben und mittlerweile auch die Zukunftschancen der jungen Generationen

Was bedeutet es für den weiteren Lebensweg von Kindern und Jugendlichen, wenn neue Freundschaften kaum noch geschlossen, Bildungswege nicht eingeschlagen und Zukunftspläne erst gar nicht geschmiedet werden? Was bedeutet es, wenn die Begrenzung von sozialen Kontakten zur Normalität wird, Politik im Krisenmodus partizipatorische Prozesse aussetzt und viele Berufszweige auf absehbare Zeit keine Berufs- bzw. Studiumsperspektive bieten? Was bedeutet es für junge Menschen, wenn sie über einen langen Zeitraum in der Pandemie die Erfahrung machen, dass ihre Bedürfnisse kein Gehör finden? Was bedeutet es für ihr Selbstwertempfinden und ihre gesellschaftliche Rolle, wenn sie als „Gefahr“ für Ältere, „Regelbrechende“ oder alltäglich als „Belastung“ für ihre Eltern im Homeoffice erlebt werden? Und was bedeutet es für Eltern, wenn vor dem Hintergrund geschlossener Kitas und Schulen alte Rollenbilder reaktiviert werden und Frauen in noch höherem Ausmaß als zuvor die Care-Arbeit zuhause leisten müssen? Zu all diesen Aspekten liegen zahlreiche Einzelstudien vor (vgl. bspw. als Übersicht gesammelte Forschungsberichte auf [Forum Transfer](#)). Die Folgen der (sozialen) Kontakteinschränkungen beeinflussen das ganze Leben und mittlerweile auch die Zukunftschancen der jungen Generationen.

Ob Kinder und Jugendliche auch jenseits ihrer familialen und sozialen Herkunft gute Teilhabechancen und den Weg in ein selbstbestimmtes Leben finden oder nicht, hängt in zunehmendem Maße von der Qualität und Verfügbarkeit der sozialen Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe vor Ort ab. Mit über 800.000 Fachkräften stellt die Kinder- und Jugendhilfe die größte soziale Infrastruktur in Deutschland dar. Von den Frühen Hilfen

über die Kindertagesstätten, die Angebote der Jugendarbeit, die Schulsozialarbeit, die Beratungsdienste in Erziehungsfragen bis hin zu einem qualifizierten Kinderschutz erreicht die Kinder- und Jugendhilfe alle jungen Menschen und Familien in einer Stadt oder einem Landkreis. Daraus ergibt sich eine doppelte Perspektive: 1.: Wenn die Kinder- und Jugendhilfe alle Kinder, Jugendlichen und Familien über ihre vielfältigen Angebote und Dienste erreicht, dann liegt hier auch das Wissen um die Auswirkungen der Pandemie in breiter Form vor. 2.: Wenn die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe maßgeblich die Lebens- und Teilhabebedingungen von jungen Menschen und Familien bedingen, dann müssen hier auch die notwendigen Vorkehrungen für eine Post-Corona-Strategie getroffen werden.

2. Anlass und Ziel der Jugendamtsbefragung

Zu den Erscheinungsformen und Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Leben von jungen Menschen und Familien wurde viel geforscht. Dabei stehen oftmals sehr spezifische Fragestellungen (z.B. Gesundheit, Bildung), einzelne Lebensbereiche und Gruppen (z.B. Kinder, Jugendliche) oder soziale Phänomene und Verhaltensweisen (z.B. Gewalt, Medienkonsum) im Zentrum. Die vorliegenden Befunde zeigen in ihrer Zusammenschau, dass sich die Bedingungen des Aufwachsens durch die Folgen der Pandemie insgesamt für alle jungen Menschen verändert haben und für bestimmte Gruppen in ganz besonders einschneidender Weise. Deshalb bedarf es einer Post-Corona-Strategie, die nicht nur auf kurzfristige Einzelmaßnahmen und -programme zielt, sondern die die ganze Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe in den Blick nimmt.

Sicher ist, dass die Folgen der Pandemie von der Kinder- und Jugendhilfe bearbeitet werden müssen. Die Jugendämter in Deutschland tragen gemäß §79 SGB VIII die Gesamt- und Planungsverantwortung, um die Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe frühzeitig und bedarfsorientiert zur Verfügung zu stellen. Qua Gesetz sollen Jugendämter gewährleisten, dass „die erforderlichen und geeigneten Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen den verschiedenen Grundrichtungen der Erziehung entsprechend rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen“ (§79 II Nr. 1 SGB VIII). Dazu gehören die Frühen Hilfen ebenso wie Kindertagesstätten, Angebote der Jugendarbeit und der Sozialarbeit an Schulen, Hilfen für benachteiligte Kinder und Familien ebenso wie die Sicherstellung eines qualifizierten Kinderschutzes. Bei der Kinder- und Jugendhilfe handelt es sich um die größte soziale Infrastruktur, die wir in Deutschland haben. Die Kinder- und Jugendhilfe erreicht mit ihren Angeboten alle junge Menschen und Familien (vgl. BAG Landesjugendämter 2020). Daraus ergibt sich zwangsläufig, dass hier auch ein zentraler Ansatzpunkt für die Bearbeitung der Folgen der Pandemie liegt. Da die sozialen Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen, die Bedingungen für ein gutes Aufwachsen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Gestaltung von Übergängen in Ausbildung und in ein eigenverantwortliches Leben schon ohne die Folgen einer Pandemie in erheblicher Weise von der Qualität und Verfügbarkeit der Angebote und Leistungen

der Kinder- und Jugendhilfe abhängen, dann erst Recht, um die gravierenden Folgen der Pandemie für Kinder, Jugendliche und Familien zu bearbeiten.

Die Jugendämter kennen wie kaum eine andere staatliche Institution die konkreten Lebensbedingungen von Kindern, Jugendlichen und Familien in allen Städten und Landkreisen in Deutschland – ohne Ausnahme. Alles was an sozialer Infrastruktur für Kinder, Jugendliche und Familien vorhanden ist, wird von den Jugendämtern geplant und in weiten Teilen auch finanziert. Die breite Perspektive der Jugendämter auf die Lebensbedingungen von jungen Menschen und Eltern wurde bislang noch nicht explizit in Untersuchungen erfasst. Aufgrund ihres umfassenden Auftrages, ist es jedoch dringend erforderlich, diese zentrale Agentur des Aufwachsens in den Kommunen in die Erarbeitung einer Post-Corona-Strategie mit einzubeziehen.

Mit der vorliegenden Erhebung soll eine erste bundesweite Situationseinschätzung aus Jugendamtsperspektive vorgenommen werden. Die Befragung liefert wichtige Erkenntnisse dazu, was sich aus der Perspektive der Jugendämter hinsichtlich der Bedarfslagen von jungen Menschen und Familien im Verlauf der Corona-Pandemie verändert hat und welche Unterstützungsstrukturen daraus für die Bewältigung der Pandemie notwendig werden. Zudem lässt sich ableiten, was diese Veränderungen künftig für die Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe bedeuten. In der Auswertung wird daher auch der Frage nachgegangen, welche Gruppen und Handlungsfelder, aber auch welche strategischen Handlungsansätze bereits jetzt für eine Post-Corona Kinder- und Jugendhilfe in den Blick genommen werden müssen, um jungen Menschen und Familie weiterhin eine bedarfsgerechte Unterstützungsstruktur und ein gutes Aufwachsen in den Kommunen bieten zu können.

3. Methodisches Vorgehen

Die Erhebung wurde von der Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter (BAG LJÄ) in Zusammenarbeit mit dem Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz (ism gGmbH) in Form eines online gestützten, standardisierten Fragebogens vom 19.03. bis 09.04.2021 durchgeführt. Die Befragung fokussiert den Zeitraum März 2020 - März 2021.

Um der Frage nachzugehen, wie die Folgen der Corona-Pandemie aus Perspektive der Jugendämter in Deutschland eingeschätzt werden, wurde eine Jugendamtsbefragung durchgeführt, die allen Jugendämtern in Deutschland die Möglichkeit geben sollte, sich beteiligen zu können. Die methodische Umsetzung, die Durchführung und die zentralen Erkenntnisse der Befragung werden nachfolgend erläutert.

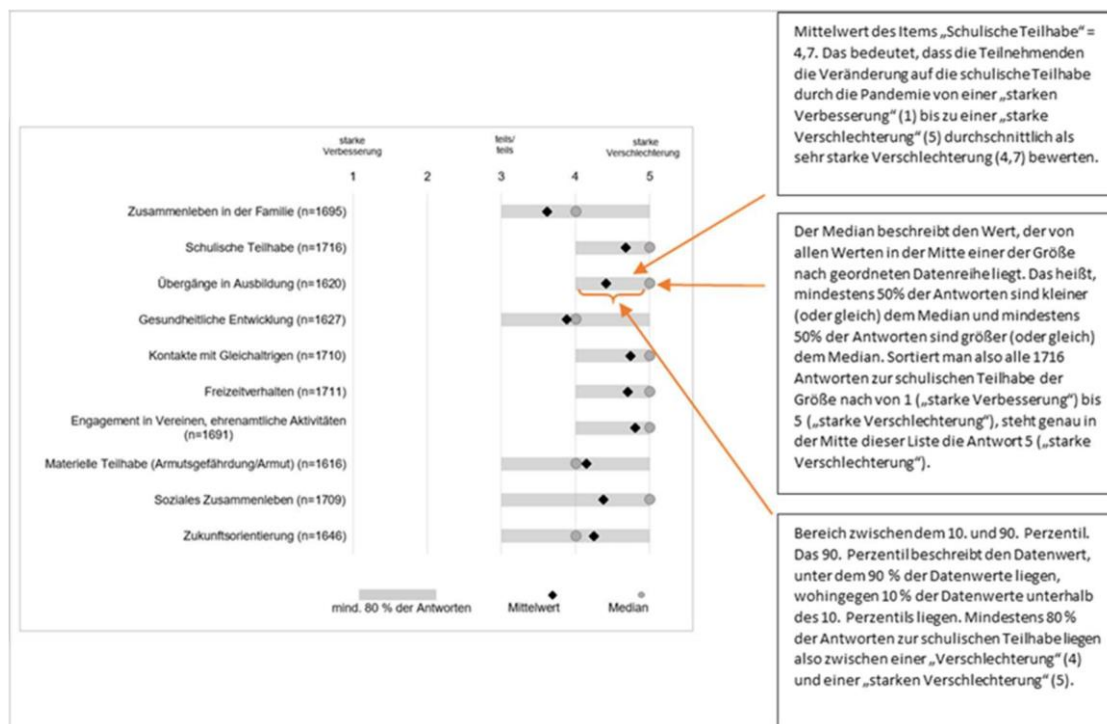
Abbildung 1: Methodensteckbrief der Jugendamtsbefragung 2021

Grundgesamtheit	Alle Jugendämter in Deutschland
Samplingstrategie	offener Zugang Schneeballverfahren (aktiv und passiv) - Time Location Sampling und Respondent-Driven Sampling
Befragungsmodus	Onlinebefragung
Fallzahl	Jugendamtsbefragung: n = 1.744
Erhebungsinstrument	Quantitativer Zugang: onlinegestützter standardisierter Fragebogen (Selbstaussfüller)
Zeitraum	Quantitative Erhebung: 19.03. bis 09.04.2021

Die Jugendamtsbefragung wurde mittels eines standardisierten Fragebogens durchgeführt, der über Distanz schriftlich von den Befragten selbst ausgefüllt wurde. Mit der Durchführung der Befragung als Online-Instrument wurde ein Befragungsmodus gewählt, der die Teilnahme an der Befragung vollständig ortsunabhängig machte. Zudem konnte der Zeitpunkt der Befragung individuell gewählt werden. Zugangsvoraussetzung war lediglich ein funktionierender Internetzugang. Der Fragebogen konnte über einen Link erreicht werden. Die Programmierung und technische Umsetzung des Bogens erfolgte so, dass Ausfüll- und Bedienbarkeit über sämtliche Endgeräte (Smartphone, Tablet, PC, etc.), verschiedene Browser sowie auf unterschiedlichsten Betriebssystemen (sowohl Hersteller, als auch Alter) sichergestellt war. Insgesamt wurde der Fragebogen 1.744 Mal vollständig ausgefüllt und zurückgesendet. Um die Datenqualität zu überprüfen, wurden bei allen ausgefüllten Bögen inhaltliche sowie metadatenbasierte Konsistenzchecks durchgeführt, wobei eine Prüfung auf Plausibilität der Angaben im Fragebogen und des Ausfüllverhaltens erfolgte.

Für die nachfolgende Analyse der Daten wurden sowohl deskriptive als auch inferenzstatistische Verfahren herangezogen. Da die Variablen der Befragung nicht normalverteilt sind, wird im Bereich der deskriptiven Analyse neben dem Mittelwert auch der Median dargestellt. Um die Verteilung graphisch abzubilden, ist darüber hinaus der Bereich zwischen dem 10. und dem 90. Perzentil graphisch hervorgehoben. Ein Perzentil beschreibt einen Prozentrang innerhalb einer Verteilung von Antworten. Das 90. Perzentil beschreibt also den Datenwert, unter dem 90 % der Datenwerte liegen, wohingegen 10 % der Datenwerte unterhalb des 10. Perzentils liegen. Der graphisch dargestellte Bereich enthält somit mindestens 80 % der Antworten des jeweiligen Items. Hier nachfolgend wird ein Lesebeispiel gegeben:

Abbildung 2: Grafiken Lesebeispiel



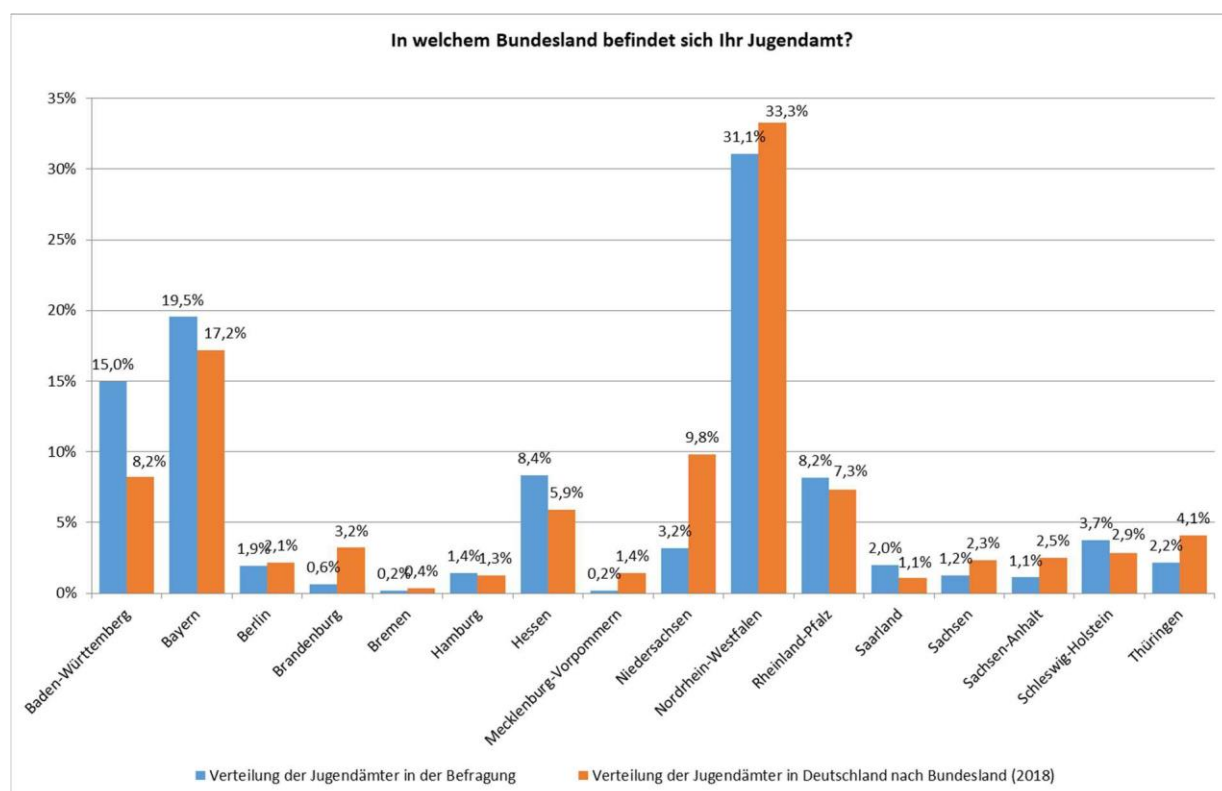
Für die inferenzstatistische Analyse wurde auf Grund der Datenlage ein nicht-parametrisches Testverfahren gewählt. Dadurch wurden Gruppen hinsichtlich ihrer zentralen Tendenz innerhalb einer Variablen geprüft. In diesem Zusammenhang wurden sowohl der mögliche Einfluss des Zuständigkeitsbereichs eines Jugendamtes für einen Landkreis oder eine Stadt sowie die regionale Verteilung der Jugendämter nach östlichen und westlichen Bundesländern einbezogen. Um Gruppenunterschiede für Teilnehmende aus Jugendämtern mit einem Zuständigkeitsbereich in einem Landkreis und einer Stadt zu untersuchen, wurden zunächst die Gruppen der kreisfreien und kreisangehörigen Städte zusammengefasst. Mit der daraus resultierenden binären Variable wurden nicht-parametrische Tests für unabhängige Stichproben durchgeführt. Hinsichtlich der Ost-West-Verteilung der teilnehmenden Ämter wurde ebenso verfahren.

4. Wie Jugendämter die Auswirkungen der Corona-Pandemie einschätzen und welchen Handlungsbedarf sie sehen

4.1 Rücklauf und Stichprobenmerkmale

Insgesamt wurden bundesweit alle Jugendämter eingeladen, an der Befragung teilzunehmen. Die Befragung wurde dafür breit beworben. In die vorliegende Auswertung fließen insgesamt 1.744 Fragebögen ein. Die gültigen Fragebögen verteilen sich auf alle 16 Bundesländer.

Abbildung 3: Verteilung der Jugendämter in der Befragung nach Bundesland und Verteilung der Anzahl der Jugendämter in Deutschland nach Bundesland



Anmerkung: Eigene Darstellung und eigene Berechnung. Quelle der Verteilung der Jugendämter in Deutschland im Jahr 2018: Autorengruppe Kinder- und Jugendhilfestatistik: Kinder- und Jugendhilfereport, 2018, S. 173

Die Abbildung verdeutlicht, dass die gültigen Bögen sich über alle Bundesländer verteilen. Ihr Anteil entspricht zudem der Verteilung der Jugendämter über die Bundesländer. Das bedeutet, dass den unterschiedlichen regionalen Bedingungen in der Auswertung

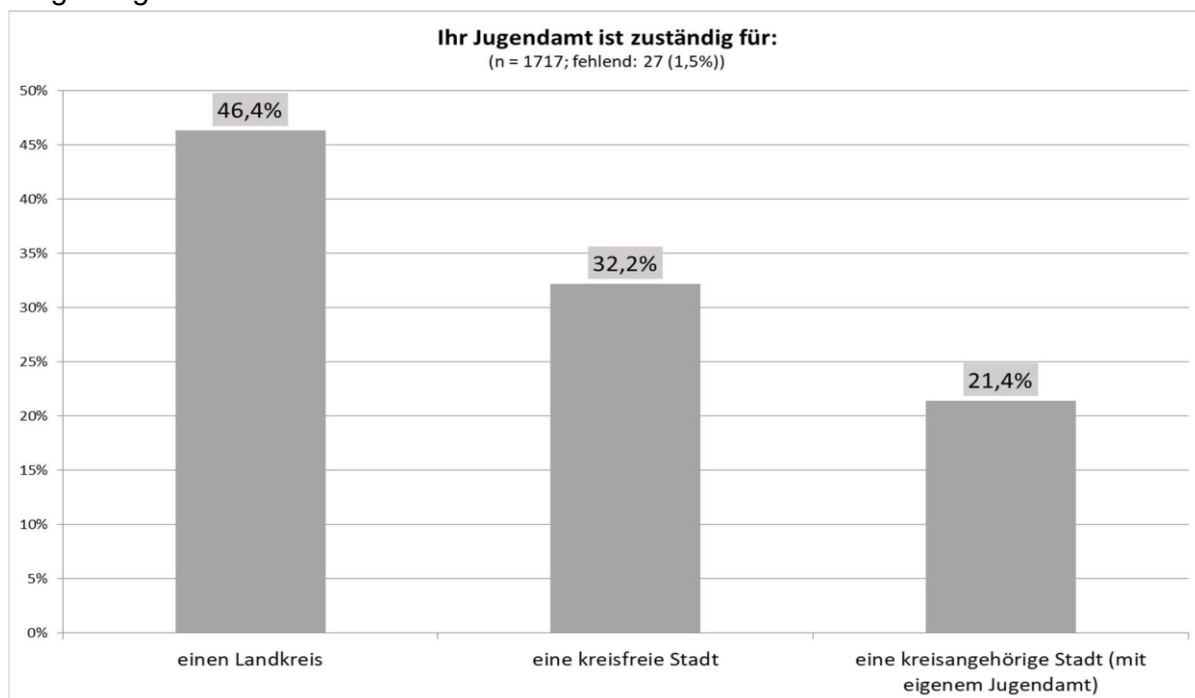
Rechnung getragen werden kann. Die Ergebnisse repräsentieren die Einschätzung von Mitarbeitenden aus Jugendämtern des gesamten Bundesgebietes.

Die Rücklaufquote bei dieser Befragung ist erheblich und für Jugendamtsstudien sehr hoch. Etwa 2 von 3 Jugendämtern haben sich an der Befragung beteiligt. Aus dieser guten Rücklaufquote kann auf ein hohes Interesse an der Studie und den damit verbundenen Erwartungen geschlossen werden. Für viele Mitarbeitende in Jugendämtern war es die erste „Jugendamtsbefragung“ in ihrem Berufsleben, an der sie aktiv beteiligt wurden. Das geht aus den offenen Textfeldern hervor. Gleichzeitig war mit der Teilnahme die Erwartung verbunden, nicht nur beforscht zu werden, sondern dass die Ergebnisse auch in einen politischen Prozess eingespeist werden.

„Bitte nutzen Sie die Ergebnisse wirklich - nicht nur zur Erfassung, sondern zur Umsetzung!“ (eine schriftliche Äußerung einer befragten Person).

Das SGB VIII regelt, dass jede kreisfreie Stadt und jeder Landkreis ein eigenes Jugendamt vorhalten muss. In einigen Bundesländern (z.B. Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz) können auch kreisangehörige Städte ein Jugendamt einrichten. Etwas mehr als die Hälfte aller Jugendämter (54,3 %) befinden sich in einem Landkreis. Wie die nachfolgende Abbildung zeigt, liegt der Rücklauf mit 46% etwas unter diesem Wert, spiegelt aber dennoch die ungefähre Verteilung der Jugendämter in Deutschland wider. Etwas überproportional vertreten sind auch die Jugendämter in den kreisfreien Städten (32,2% Rücklauf / 18,9% Anteil im Bundesgebiet). Unterrepräsentiert sind die Jugendämter der kreisangehörigen Städte (21,4% Rücklauf/ 29,1% Bundesgebiet).

Abbildung 4: Zuständigkeiten der Jugendämter nach Landkreisen und kreisfreien oder -angehörigen Städten

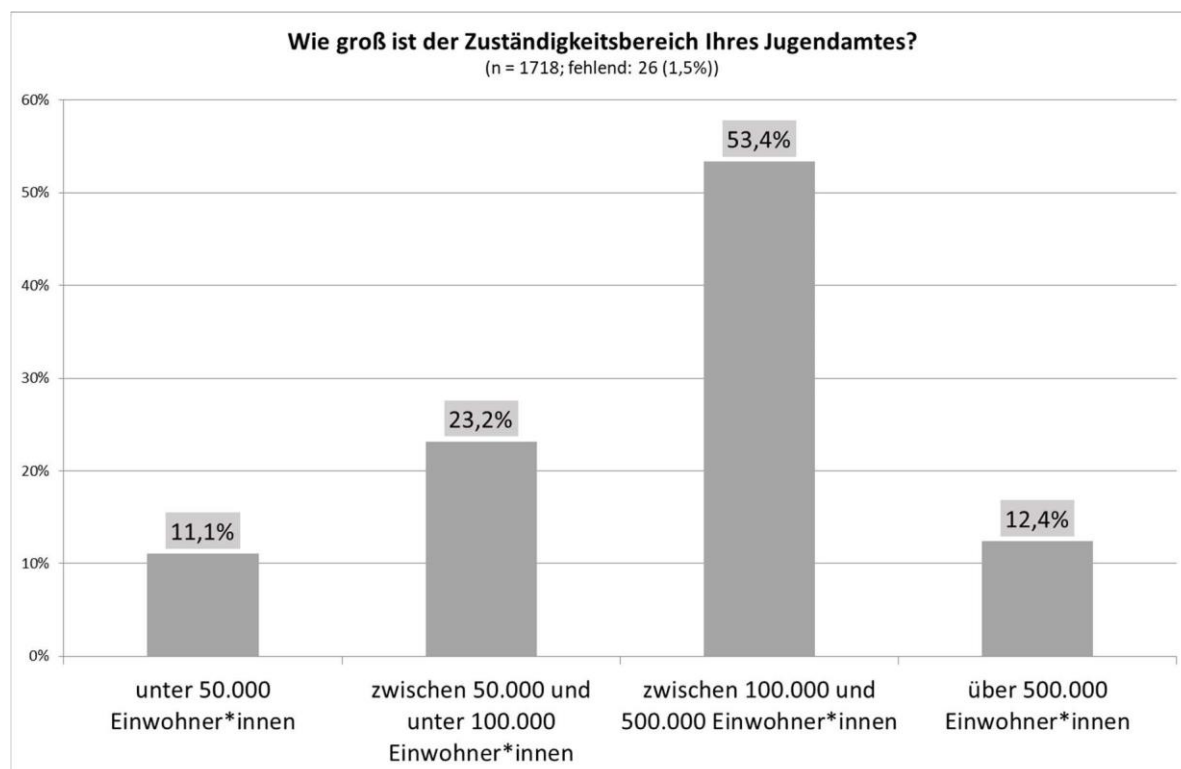


Quelle: Eigene Darstellung und eigene Berechnung.

Ob der Zuständigkeitsbereich eines Jugendamtes auf einen Landkreis oder ein städtisches Gebiet entfällt, hat entsprechende Konsequenzen für die praktische Arbeit. Dies liegt mitunter auch darin begründet, dass mit städtischen oder ländlichen Räumen und ihrer jeweiligen Infrastruktur unterschiedliche Anforderungen und Herausforderungen einhergehen, die an eine Hilfe- und Unterstützungsstruktur der Kinder- und Jugendhilfe gestellt werden, damit Jugendämter ihrem gesetzlichen Auftrag diese frühzeitig und bedarfsorientiert zur Verfügung zu stellen, angemessen nachkommen können.

Vor diesem Hintergrund wurden die gegebenen Antworten auch hinsichtlich möglicher regional unterschiedlicher Einschätzungen geprüft. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich bei der Hälfte der Items signifikante Unterschiede im Antwortverhalten der städtischen und ländlichen Jugendämter zeigen. Allerdings fallen diese im Mittelwertvergleich mit durchschnittlich 0,2 bis 0,5 Punkten Unterschied in den meisten Fällen vergleichsweise gering aus. In den Fällen, in denen diese leichten Unterschiede sichtbar werden, wird jedoch deutlich, dass die durchschnittlichen Antworten aus den Städten stets schlechter ausfallen, als die Antworten aus den Landkreisen. Dies ist beispielsweise der Fall bei der Frage nach der finanziellen Ausstattung der Kommune, den kommunalpolitischen Rahmenbedingungen oder auch Bedarfslagen.

Abbildung 5: Jugendämter nach Größe des Zuständigkeitsbereiches

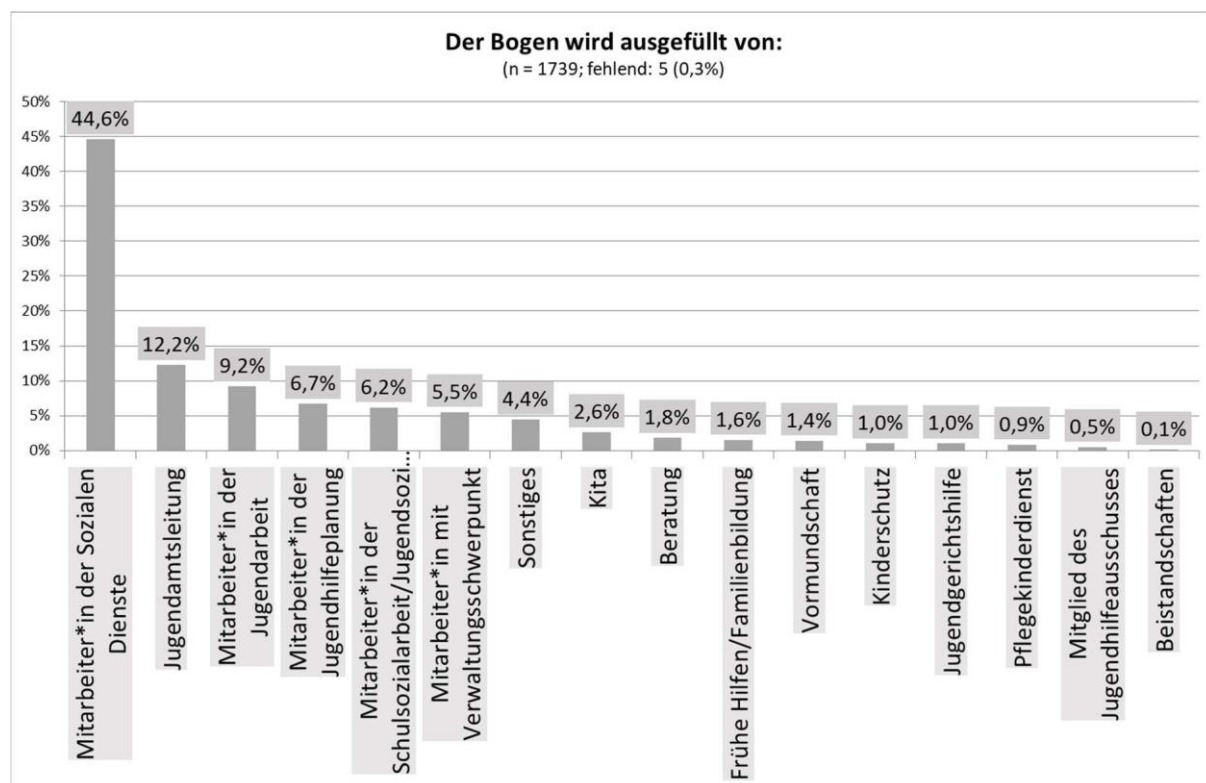


Quelle: Jugendamtserhebung der BAGLJÄ durchgeführt vom ism 2021. Eigene Darstellung und eigene Berechnung.

Neben ihrer Verortung in einem städtischen oder ländlichen Raum, wurden die beteiligten Jugendämter auch nach der Größe ihres Zuständigkeitsbereiches befragt. Dabei sind etwas mehr als die Hälfte der Jugendämter (53,4%) für einen Bereich mit der Größe zwischen 100.000 bis 500.000 Einwohner*innen verantwortlich. Knapp ein Viertel (23,2%) entfällt auf Gebietskörperschaften in der Größe zwischen 50.000 und 100.000 Einwohner*innen. 11,1% der Jugendämter sind für unter 50.000 Einwohner*innen zuständig, während 12,4% Zuständigkeitsbereiche mit über 500.000 Einwohner*innen betreuen.

Es gibt nicht „das“ Jugendamt und „die“ Mitarbeitenden in den Jugendämtern. Die Struktur der Jugendämter in Deutschland ist sehr heterogen. Welche Dienste und wieviel Personal in den Jugendämtern vorgehalten werden, obliegt der kommunalen Selbstverwaltung. In der Regel verfügen Jugendämter über Soziale Dienste (Allgemeiner Sozialer Dienst, Pflegekinderhilfe, Jugendhilfe im Strafverfahren) und einen Verwaltungsbereich (z.B. wirtschaftliche Jugendhilfe). Darüber hinaus sind Jugendämter oftmals selbst Träger von Kindertagesstätten oder Jugendzentren (vor allem in Städten; ausführlich dazu BAG LJÄ 2021). Um die Ergebnisse einordnen zu können, wurden die Teilnehmer*innen nach ihrem Arbeitsbereich bzw. ihrer Funktion im Jugendamt gefragt.

Abbildung 6: Teilnehmer*innen der Befragung nach Funktion



Quelle: Eigene Darstellung und eigene Berechnung.

Die mit Abstand meisten Bögen wurden in dieser Befragung von Mitarbeitenden der Sozialen Dienste (44,6%) ausgefüllt, gefolgt von Jugendamtsleitungen mit einem prozentualen Anteil von 12,2% und Mitarbeiter*innen der Jugendarbeit (9,2%). Etwa jede 8. Jugendamtsleitung in Deutschland hat sich damit an der Befragung beteiligt. Die Ergebnisse sind stark geprägt von der Perspektive der Sozialen Dienste der Jugendämter. Gerade dieser Dienst kennt sowohl die Lebenssituation von jungen Menschen und Familien als auch die soziale Situation in den Stadtteilen oder Gemeinden besonders gut. Der Soziale Dienst eines Jugendamtes ist sozialräumlich zuständig für alle jungen Menschen und Familien in jedem Sozialraum in Deutschland. Insofern spiegeln die Ergebnisse ein breites Spektrum der Lebensrealität von jungen Menschen und Familien wider, geprägt von den unterschiedlichen beruflichen Erfahrungskontexten.

4.2 Auswirkungen der Pandemie auf das Leben von Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Familien

Im nachfolgenden Abschnitt wurden die Teilnehmer*innen nach Auswirkungen der Pandemie auf das Leben von Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Familien befragt. Dabei gaben die Teilnehmer*innen ihre Einschätzungen zu Veränderungen in unterschiedlichen Lebensbereichen an und konnte sich dazu äußern, welche Gruppen aus ihrer Perspektive am stärksten betroffen sind. Zudem wurde nach der Erreichbarkeit spezifischer Gruppen junger Menschen und Familien gefragt.

Die nachfolgende Abbildung zeigt die Einschätzungen der Befragten hinsichtlich der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Leben von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die Jugendämter wurden aufgefordert, anzugeben, in welchen Lebensbereichen sie welche Veränderungen sehen.

Abbildung 7: Veränderungen durch die Corona-Pandemie nach Lebensbereichen



Quelle: Eigene Darstellung und eigene Berechnung.

Insgesamt nehmen die Jugendämter über alle Lebensbereiche hinweg negative Veränderungen auf das Leben von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen wahr, allerdings in unterschiedlicher Intensität. Dabei zeigt sich ein sehr einheitliches Antwortverhalten der Befragten. Vor allem in den Bereichen schulische Teilhabe, Übergänge in Ausbildung, Kontakt zu Gleichaltrigen, Freizeitverhalten und Engagement in Vereinen sowie ehrenamtliche Aktivitäten sehen über 80% der Befragten eine starke Verschlechterung. Diese Einschätzung der Jugendamtsmitarbeiter*innen deckt sich mit den vorliegenden Untersuchungen (vgl. hierzu Andresen u.a. 2021; Oeynhausens u.a. 2020). Weniger negativ werden die Auswirkungen auf das Zusammenleben in der Familie und bei der gesundheitlichen Entwicklung bewertet. Dieses Bild zeigt sich auch über alle Handlungsfelder der befragten Jugendamtsmitarbeitenden hinweg.

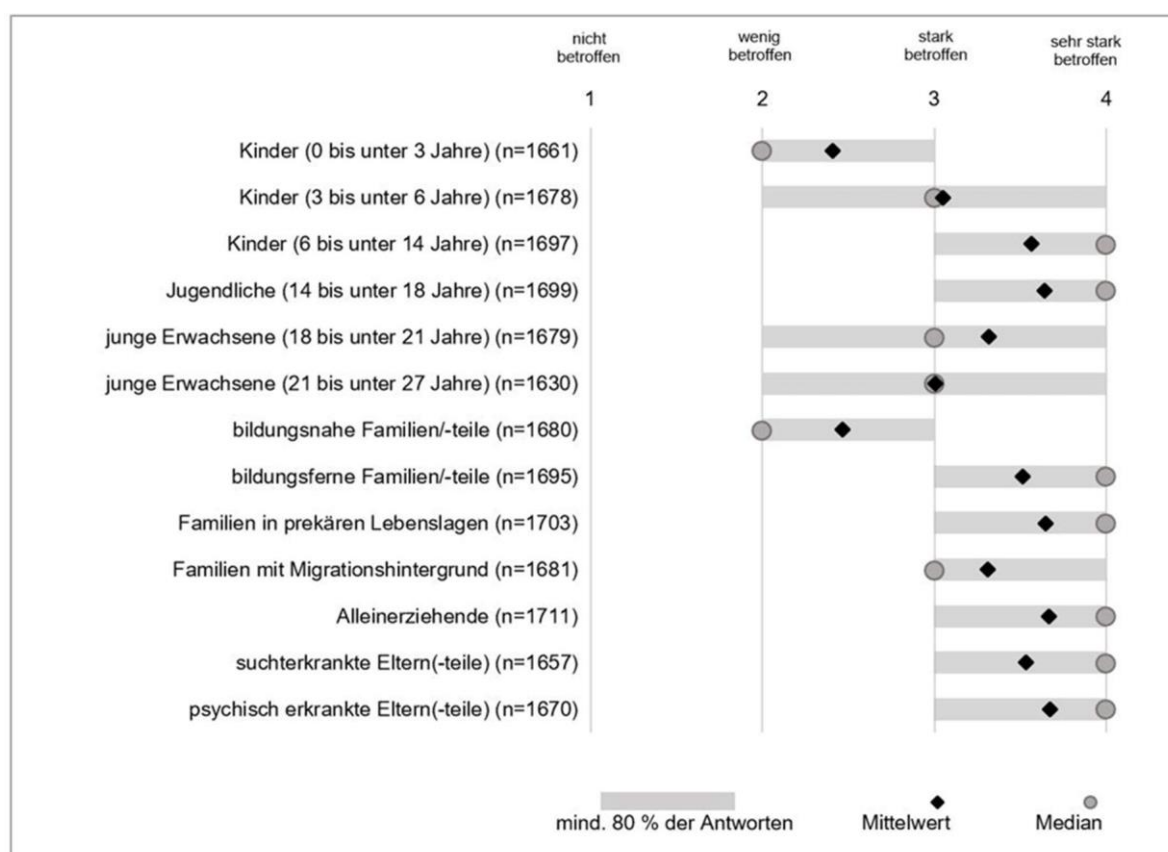
Die folgende offene Antwort gibt einen Einblick in die Lebensrealität der Familien:

„Viele prekäre Situationen haben sich weiter verschärft. Viele Unterstützungsmöglichkeiten waren geschlossen oder konnten wegen Kontakteinschränkungen aufgrund der Ansteckungsgefahr nicht wahrgenommen werden. Tafeln, Kleiderläden und Möbellager waren geschlossen. Kinder wachsen aber weiter. Das Geld wird immer knapper. Viele Familien sind arm oder leben an der Armutsgrenze. Viele Minijobs sind weggefallen. Noch

mehr Familien verarmen. Zu Familien gehören auch die vielen Alleinerziehenden. Sie sind jetzt ... von Armut ganz besonders stark betroffen. Soziale Teilhabe ist kaum möglich, bzw. sehr eingeschränkt. Das beginnt beim Einzahlen in die Klassenkasse, Landschulheimaufenthalten, Aktionen in den Ferien, etc. ... Viele Familien sind von Angeboten ausgeschlossen, weil die Informationen sie nicht erreichen. Hier müssen dringend innovative Ideen her. Mir fallen so viele dringende und leicht umzusetzende Ideen ein, die unter Umständen wenig oder gar kein Geld kosten, aber viel für Gesundheit, Zufriedenheit und Bildung erreichen könnten“ (offene Antwort eines Befragten).

Mit Blick auf die nächste Abbildung war die Frage erkenntnisleitend, ob die Mitarbeitenden der Jugendämter im Hinblick auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie Unterschiede bei den Gruppen junger Menschen und Familien sehen.

Abbildung 8: Gruppen junger Menschen und Familien, die von den Auswirkungen der Pandemie betroffen sind.



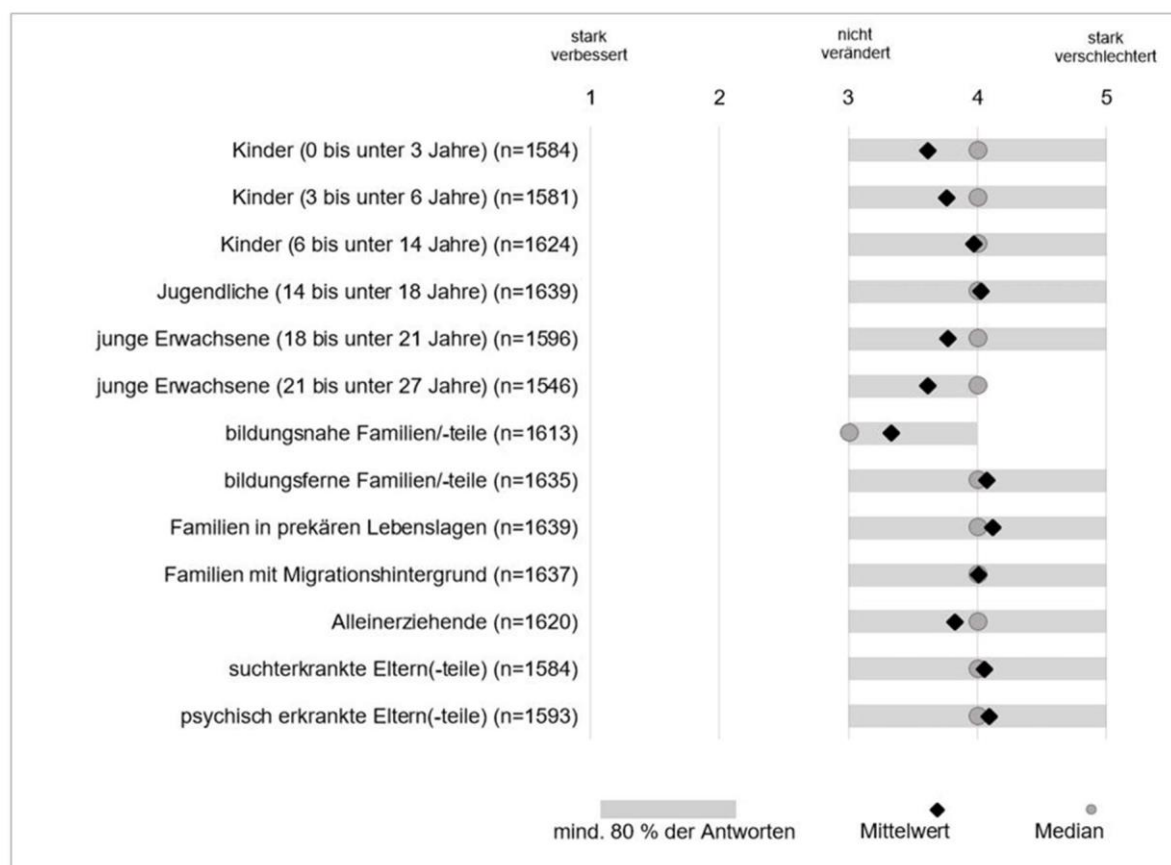
Quelle: Jugendamtserhebung der BAGLJÄ durchgeführt vom ism 2021. Eigene Darstellung und eigene Berechnung.

Insgesamt nehmen die Befragten eine Betroffenheit bei allen aufgeführten Gruppen junger Menschen und Familien wahr, allerdings auch hier mit unterschiedlicher Intensität. Besonders stark von den Auswirkungen der Pandemie sind aus Perspektive der Jugendämter Kinder zwischen 3 bis unter 6 Jahren und Kinder zwischen 6 bis unter 14 Jahren

betroffen. Aber auch Alleinerziehende und psychisch erkrankte Elternteile sowie Familien in prekären Lebenslagen sind von den Auswirkungen der Pandemie stark bis sehr stark betroffen. Bezüglich dieser Gruppen zeigen die Befragten ein sehr einheitliches Antwortverhalten.

Die nächste Abbildung zeigt die Einschätzungen der befragten Mitarbeitenden der Jugendämter, ob und inwiefern sich die Erreichbarkeit bestimmter Gruppen von jungen Menschen und Familien im zweiten Jahr der Pandemie verändert hat.

Abbildung 9: Veränderung der Erreichbarkeit von jungen Menschen und Familien nach einem Jahr Pandemie.



Quelle: Eigene Darstellung und eigene Berechnung.

Grundsätzlich zeigt sich eine Verschlechterung der Erreichbarkeit bei allen aufgeführten Gruppen und Familienformen. Besonders deutlich hat sich die Erreichbarkeit bei Jugendlichen zwischen 14 bis unter 18 Jahren sowie Familien in prekären Lebenslagen und psychisch erkrankten Eltern verschlechtert. Die geringste Veränderung sehen die Befragten hingegen bei bildungsnahe Familien.

Bei genauerer Datenanalyse zeigen sich hier Unterschiede im Antwortverhalten zwischen städtisch und ländlich zuständigen Jugendämtern. Während etwa die Hälfte der Befragten aus Jugendämtern in einem Landkreis angeben, dass sich die Erreichbarkeit von jungen Erwachsenen zwischen 21 und 27 Jahren nicht verändert hat, stimmen dem nur etwa 37 % der Befragten aus städtischen Jugendämtern zu. Die Mehrheit der Befragten aus städtischen Jugendämtern gibt an, dass sich die Erreichbarkeit dieser Gruppe sogar (stark) verschlechtert hat.

Abbildung 10: Neue Gruppen junger Menschen und Familien, die ins Blickfeld der Jugendamtsarbeit gerückt sind.

benannte Gruppen junger Menschen und Familien (n=470)	Anzahl der Nennungen	Prozentuale Verteilung der Nennungen
alle jungen Menschen und Familien	175	37,2%
junge Menschen mit psychischen Problemen/Suchterkrankungen	62	13,2%
Familien mit mangelnden sozialen/materiellen Ressourcen	40	8,5%
junge Menschen mit Schulproblematiken	28	6,0%
junge Menschen im Übergang Schule - Ausbildung/Beruf/Studium	21	4,5%
junge Menschen und Eltern mit Behinderungen	20	4,3%
Familien, in denen häusliche und sexualisierte Gewalt vorkommen	21	4,5%
Familien, in denen Corona geleugnet wird	12	2,6%
dem JA bekannte Familie, in denen sich die Situation verschärft	11	2,3%
Familien mit Fluchthintergrund	11	2,3%
psychisch/suchtkranke Eltern	11	2,3%
Alleinerziehende	8	1,7%
Schwangere, junge Familien	8	1,7%
Trennungs-/Scheidungsfamilien	7	1,5%
junge Menschen mit starkem Medienkonsum, nur digital erreichbar	5	1,1%
Familien, in denen jemand erkrankt ist	4	0,9%
Ehrenamtliche	3	0,6%
Familien ohne digitale Ressourcen	3	0,6%
Opfer von (Cyber-)Mobbing	2	0,4%
transgender/queere junge Menschen	2	0,4%
Pflegeeltern	1	0,2%
Sonstige	15	3,2%

Quelle: Eigene Darstellung und eigene Berechnung.

Insgesamt wurden von 432 Teilnehmer*innen Gruppen benannt, die neu oder verstärkt durch die Pandemie ins Blickfeld der Jugendamtsarbeit gerückt sind. Dabei fällt auf, dass aus Perspektive der Teilnehmer*innen alle jungen Menschen und Familien (39,6%) von Auswirkungen der Pandemie betroffen sind und entsprechend verstärkt in den Fokus der Jugendämter rücken. Zudem rücken vor allem junge Menschen mit psychischen Problemen oder Suchterkrankungen (13,2%) sowie Familien mit geringen sozialen und materiellen Ressourcen (9,0%) in den Blick der Jugendamtsmitarbeiter*innen.

Eine Jugendamtsmitarbeiterin kommt zu folgender Einschätzung:

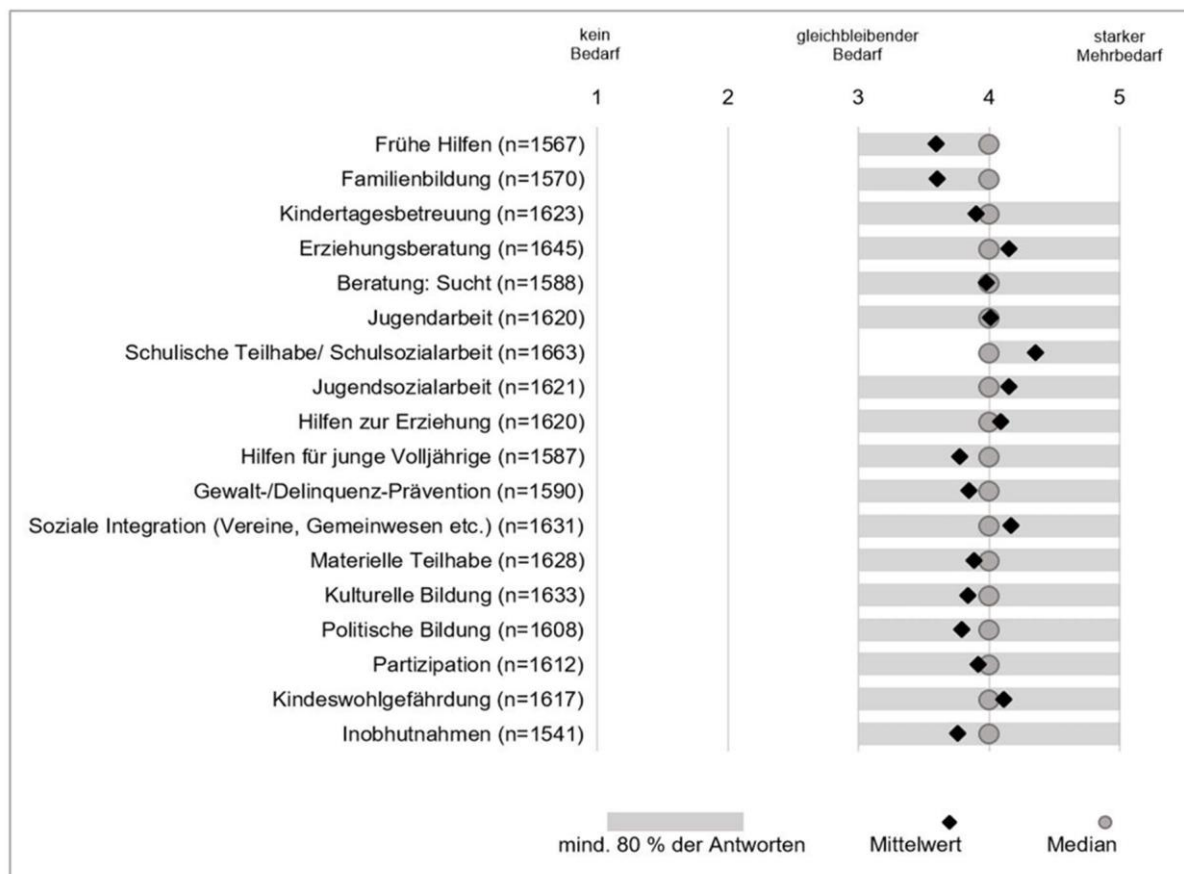
„Die Kinder und Jugendlichen brauchen dringend Unterstützung. Auch die kommunale Jugendarbeit müsste dringend wieder arbeiten. Denn die Jugendlichen, die unter Hygieneauflagen bereitwaren noch die JA Angebote zu nutzen, hatten diese paar Stunden außerhalb der Familie dringendst nötig - auch um schlimmeres in Familien zu verhindern und Stress rauszunehmen in den Familien. Es ist unverantwortbar, dass die offene Jugendarbeit so lange schließen musste. Wir werden viele Nöte bei den Kindern und Jugendlichen erst sehen, wenn die Pandemie vorbei ist und wir wieder Kontakt zur Zielgruppe haben. Die Jugendhilfe wird sich um viele verletzte Kinderseelen kümmern müssen. Es wird viele Langzeitfolgen des Lockdowns geben. Entwicklungsverzögerungen, ungesündere Kinder und Jugendliche, Kinder und Jugendliche, die mit erlernter Hilflosigkeit sich einer permanenten Passivität und Langeweile ergeben haben, Internet und PC süchtige Ki&Ju, Minderjährige bei deren Eltern Suchtverhalten oder Psychische Krankheiten auffälliger wurden und die sich auf Grund von Lockdown nicht außerhalb der Familien Ausgleich und Unterstützung gesucht haben. Massive Bildungsdefizite, selbst bei gut situierten Familien, weil immer alleine Lernen einfach anders ist als im Klassenverband, immer größere Kluft zwischen arm und reich, prekäre immer mehr abgehängt. Angststörungen, soziale Phobien und Unsicherheiten, Depressionen, ...“ (Zitat offene Antwort)

4.3 Auswirkungen der Pandemie für die Kinder- und Jugendhilfe

Im nachfolgenden Abschnitt wurden die Teilnehmer*innen nach Auswirkungen der Pandemie auf die Kinder- und Jugendhilfe befragt. Dabei gaben die Teilnehmer*innen ihre Einschätzungen zu veränderten Bedarfslagen in den Leistungsbereichen der Kinder- und Jugendhilfe sowie zu konzeptionellen und kooperationsbezogenen Veränderungsbedarfen an.

Die nachfolgende Abbildung zeigt die Einschätzungen der befragten Jugendämter, in welchen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe sie veränderte Bedarfslagen von Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Familien in Folge der Pandemie sehen.

Abbildung 11: Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe nach veränderter Bedarfslage



Quelle: Eigene Darstellung und eigene Berechnung.

Insgesamt sehen die Befragten einen (starken) Mehrbedarf in allen aufgeführten Leistungsbereichen der Kinder- und Jugendhilfe sowie in den aufgeführten Teilhabebereichen wie materielle Teilhabe und politische Bildung. Die stärksten Veränderungen/Mehrbedarfe werden im Bereich der schulischen Teilhabe/Schulsozialarbeit, der Jugendsozialarbeit, sozialer Integration und dem Bereich des Kinderschutzes gesehen.

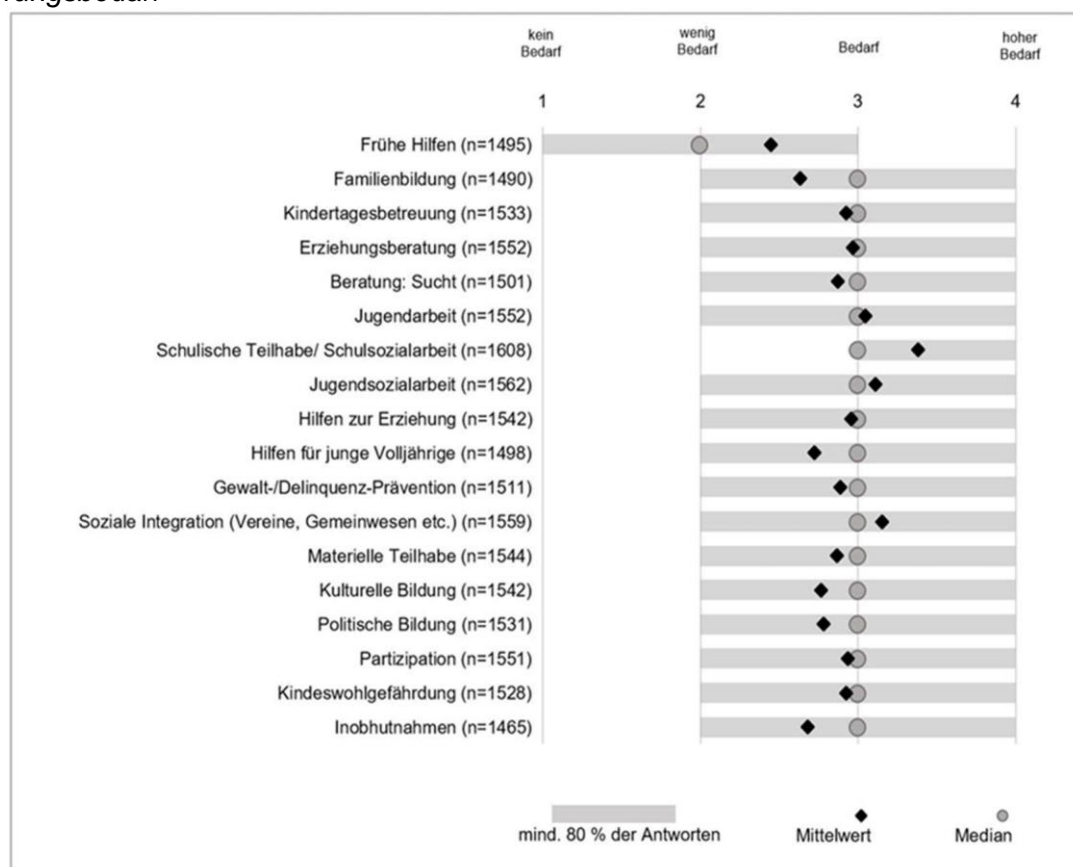
Bei genauerer Analyse konnte bei dieser Frage im Bereich der Kindertagesbetreuung und der materiellen Teilhabe ein Unterschied im Antwortverhalten der Teilnehmenden aus ost- und westdeutschen Bundesländern festgestellt werden. So geben die Teilnehmenden aus ostdeutschen Bundesländern für beide Bereiche häufiger an, dass der Bedarf gleichbleibe, während die Teilnehmenden aus westdeutschen Bundesländern einen stärkeren Mehrbedarf sehen.

Ein Teilnehmer an der Befragung formuliert den Handlungsbedarf folgendermaßen:

„Wir müssen weiter an den Angeboten der niederschweligen Prävention arbeiten um Eltern in der Erziehungsverantwortung zu unterstützen. Insgesamt müssen die Eltern besser in der Lage sein einen virtuellen Schulunterricht gut unterstützen zu können. Hier gilt es Eltern von schulischer Seite gut zu unterstützen und auch benachteiligten Familien die Möglichkeit der Teilnahme am virtuellen Unterricht gut zu ermöglichen, sowohl technisch als auch inhaltlich. Es braucht einerseits Gesprächsangebote sowohl für die jungen Menschen als auch für die Eltern. Den jungen Menschen müssen Zugänge zu den sozialen Kontakten in Vereinen, Jugendgruppen etc. ... ermöglicht und schmackhaft gemacht werden, damit einer möglichen sozialen Isolation entgegengewirkt werden kann“ (Zitat offene Antwort).

Die nächste Abbildung zeigt die Einschätzungen der Befragten, in welchen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe sie den größten konzeptionellen Veränderungsbedarf in Folge der Pandemie sehen.

Abbildung 12: Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe nach konzeptionellem Veränderungsbedarf



Quelle: Eigene Darstellung und eigene Berechnung.

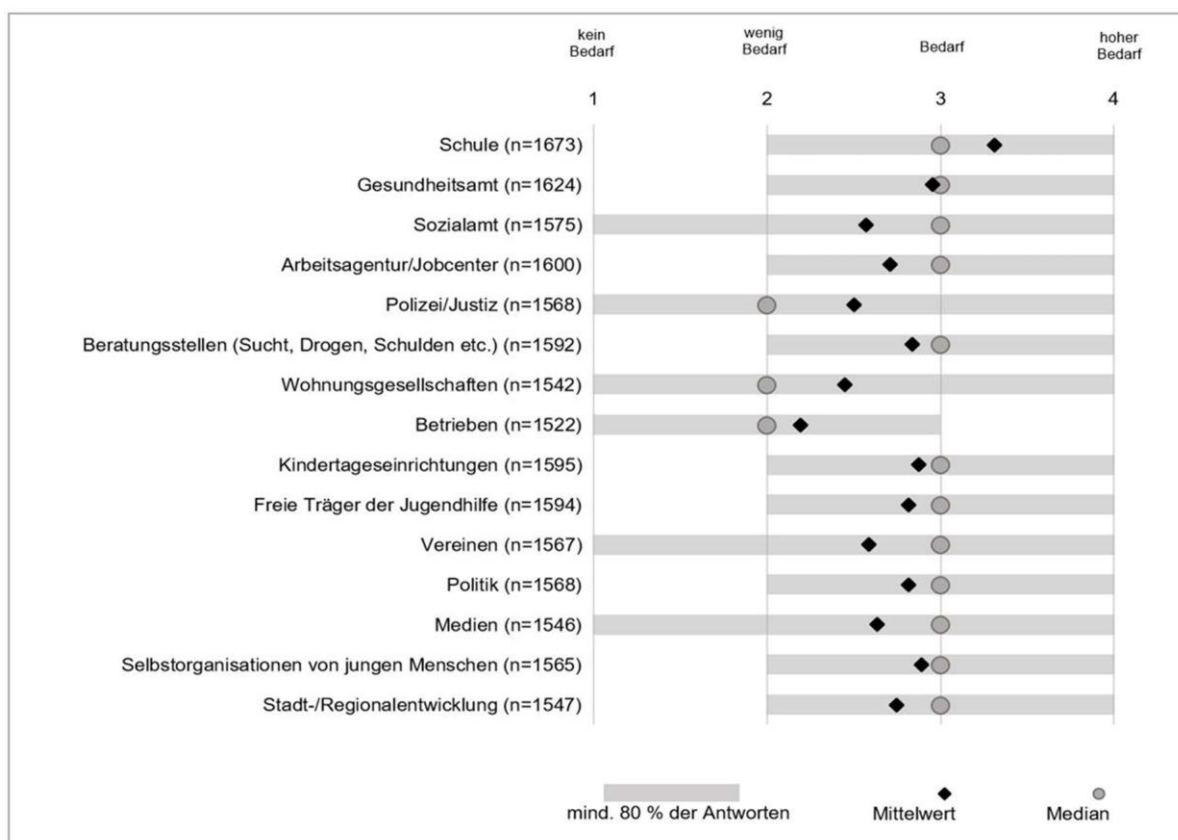
Grundsätzlich sehen die Befragten in allen aufgeführten Leistungsbereichen der Kinder- und Jugendhilfe einen konzeptionellen Veränderungsbedarf. Ähnlich wie in Abbildung 11

wird auch hier der größte konzeptionelle Veränderungsbedarf im Bereich der schulischen Teilhabe/Schulsozialarbeit gesehen.

Bei genauerer Datenanalyse zeigen sich hier Unterschiede im Antwortverhalten zwischen städtisch und ländlich zuständigen Jugendämtern. Für die Bereiche der Gewalt-/Delinquenz-Prävention, der materiellen Teilhabe, der Kindeswohlgefährdung und der Inobhutnahmen sehen die Befragten aus städtischen Jugendämtern deutlich größere Veränderungsbedarfe als Befragte aus den Landkreisen. So sehen beispielsweise etwa ein Drittel der Teilnehmenden in städtischen Jugendämtern in Folge der Pandemie einen hohen konzeptionellen Veränderungsbedarf im Bereich der Kindeswohlgefährdungen, während dieser Anteil bei Befragten aus Landkreis-Jugendämtern nur bei etwa 23 % liegt.

Abbildung 13 zeigt die Einschätzungen der befragten Mitarbeitenden in Jugendämtern, wo sie in Folge der Pandemie Veränderungsnotwendigkeiten in der Kooperation sehen. Hier zeigen sich im Vergleich zu den anderen Fragen breiter gestreute Antworten.

Abbildung 13: Veränderungsnotwendigkeiten in der Kooperation



Quelle: Eigene Darstellung und eigene Berechnung.

Hinsichtlich der Kooperationsbeziehungen und -strukturen der Kinder- und Jugendhilfe zu anderen gesellschaftlichen Bereichen und Institutionen sehen die befragten Jugendämter einen grundsätzlichen Veränderungsbedarf in allen aufgeführten Bereichen. Am

deutlichsten zeigt sich dieser Bedarf bei der Kooperation mit der Schule und den Gesundheitsämtern. Aber auch Kindertagesstätten sowie Beratungsstellen werden hinsichtlich einer verbesserten Kooperation aufgeführt.

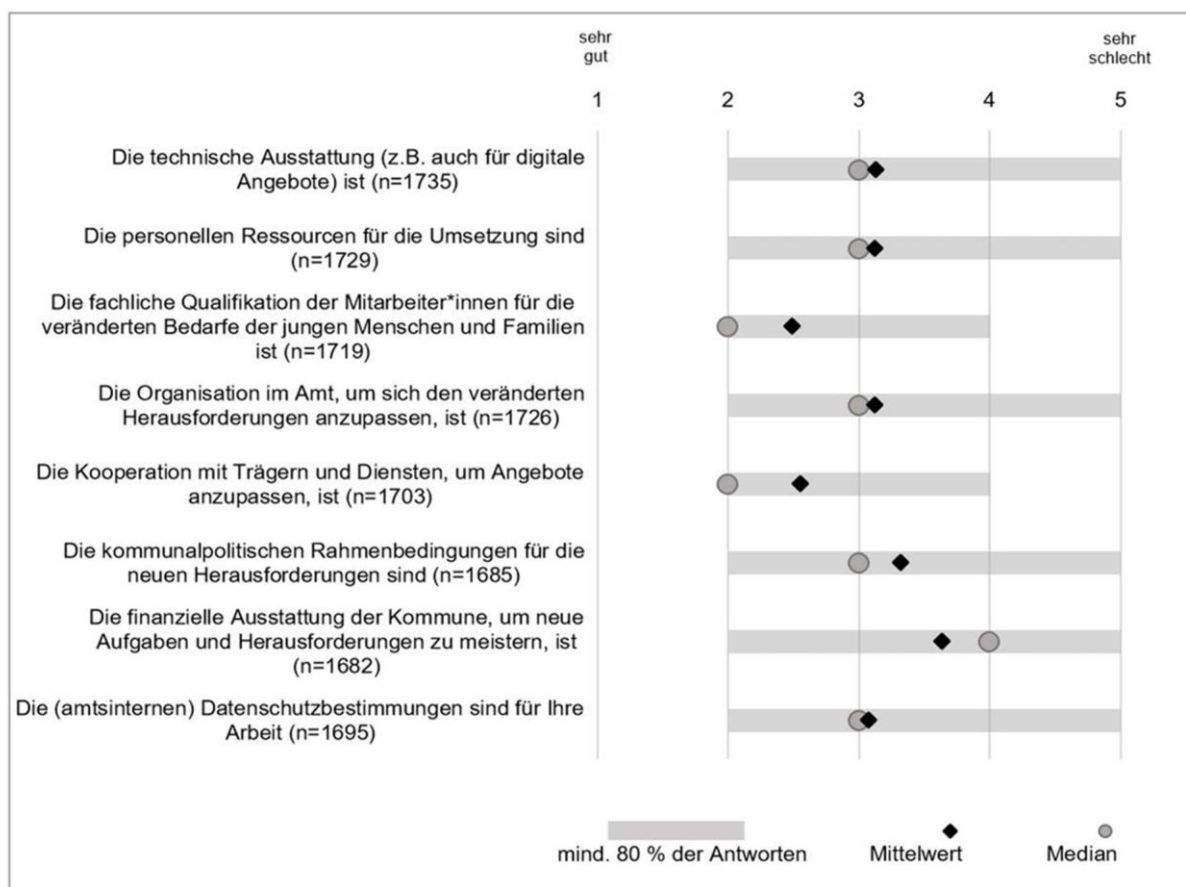
Bei genauerer Datenanalyse zeigt sich bezüglich der veränderten Bedarfslagen im Hinblick auf die verschiedenen Kooperationspartner*innen für die Kooperation mit Schulen, Gesundheitsämtern und der Politik Unterschiede in der zentralen Antworttendenz der Teilnehmenden aus ost- und westdeutschen Bundesländern. Für diese Bereiche sehen Teilnehmende aus ostdeutschen Bundesländern eine höhere Veränderungsnotwendigkeit als Teilnehmende aus westdeutschen Bundesländern.

Neben den Ost/West-Unterschieden lassen sich hinsichtlich der Kooperation in der eingehenderen Analyse zudem Unterschiede im Antwortverhalten der Stadt- und Landkreis-Jugendämter beobachten. In fast allen Bereichen, die sich auf Veränderungsnotwendigkeiten in der Kooperation beziehen, sind Gruppenunterschiede zwischen den Befragten aus Landkreis- und städtischen Jugendämtern sichtbar. So geben die Befragten der städtischen Jugendämter durchweg eine höhere Veränderungsnotwendigkeit in der Kooperation an. Besonders deutlich wird diese Differenz in den Bereichen der Wohnungsgesellschaften und der Medien. Während etwa 60 % der Befragten aus Jugendämtern mit einem städtischen Zuständigkeitsbereich angeben, dass im Bereich der Medien ein (hoher) Veränderungsbedarf in Folge der Pandemie besteht, stimmen dem nur ca. 49 % der Befragten aus Jugendämtern in Landkreisen zu.

4.4 Rahmenbedingungen der Kinder- und Jugendhilfe

Im nachfolgenden Abschnitt wurden die Teilnehmer*innen nach ihren Einschätzungen zu den derzeitigen Rahmenbedingungen in ihren Jugendämtern befragt.

Abbildung 14: Einschätzungen zu den derzeitigen Rahmenbedingungen im Jugendamt



Quelle: Eigene Darstellung und eigene Berechnung.

Die Beurteilung der Rahmenbedingungen im Jugendamt fällt bei den aufgeführten Antwortkategorien unterschiedlich aus. Insgesamt werden hinsichtlich der finanziellen Ausstattung der Kommunen, aber auch hinsichtlich der technischen und personellen Ausstattung Verbesserungsbedarfe gesehen. Hingegen wird die fachliche Qualifikation der Mitarbeiter*innen als relativ gut eingeschätzt.

Bei genauerer Datenanalyse lassen sich hier vor allem Unterschiede im Antwortverhalten der Stadt- und Landkreis-Jugendämter beobachten. Ein Großteil der Rahmenbedingungen im Jugendamt, die notwendig sind, um die Arbeit nach der Pandemie fachlich gut ausführen zu können, werden von den Befragten in Stadt- und Landkreisjugendämtern unterschiedlich bewertet. Auch hier bewerten die Befragten in städtischen Jugendämtern ihre Rahmenbedingungen durchweg schlechter.

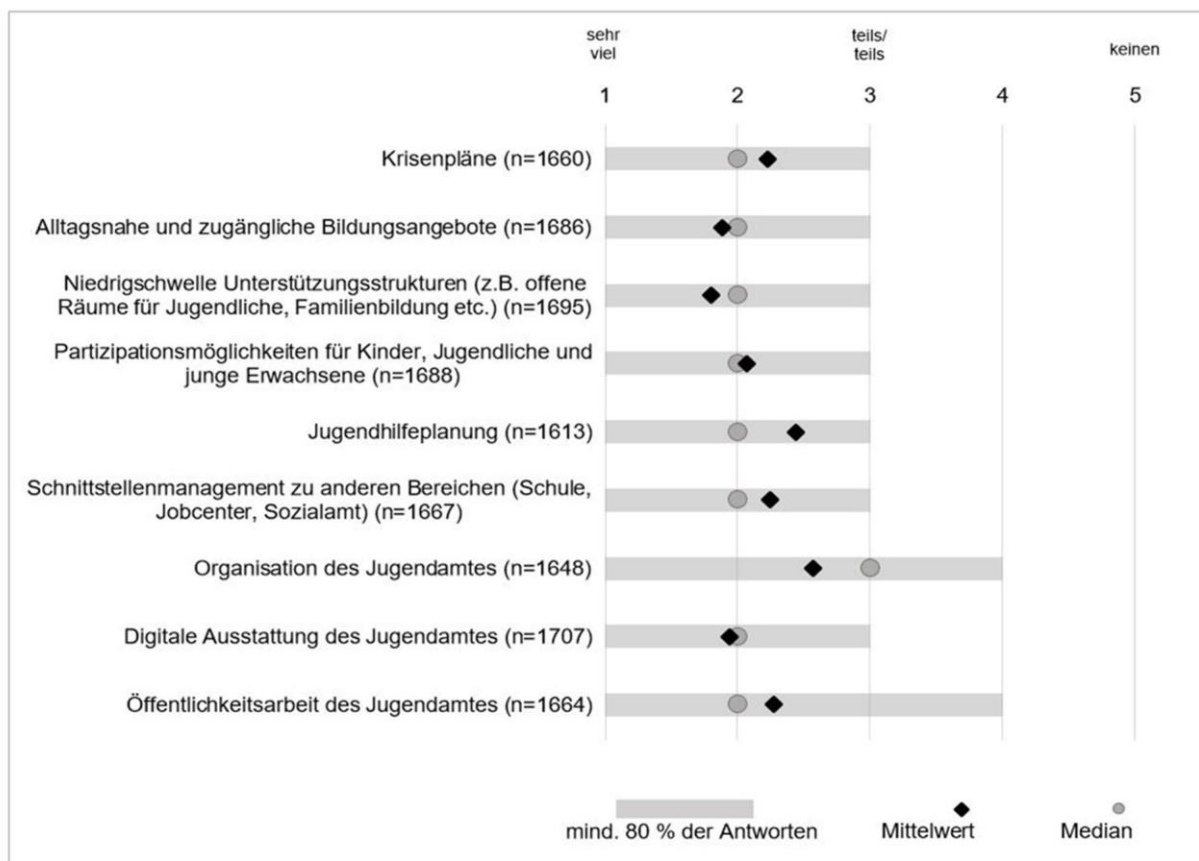
Besonders deutlich wird dieser Unterschied im Bereich der kommunalpolitischen Rahmenbedingungen und der finanziellen Ausstattung der Kommunen. Während etwa die

Hälfte der Befragten in den Jugendämtern der Landkreise die aktuellen kommunalpolitischen Rahmenbedingungen als mäßig betrachtet, schätzen knapp die Hälfte der Teilnehmenden aus städtischen Jugendämtern diese als (sehr) schlecht ein.

4.5 Aus den Erfahrungen lernen

Im nachfolgenden Abschnitt wurden die Teilnehmer*innen dazu befragt, was sich aus den Erfahrungen in der Pandemie für die künftige Ausgestaltung der Kinder- und Jugendhilfe lernen lässt. Dabei gaben die Teilnehmer*innen ihre Einschätzungen zu drängenden Handlungsbedarfen, voraussichtlich langfristigen Folgen der Pandemie sowie Ansätzen zur Bearbeitung der Auswirkungen der Pandemie ab.

Abbildung 15: Handlungsbedarfe, um aus den Erfahrungen der Pandemie zu lernen



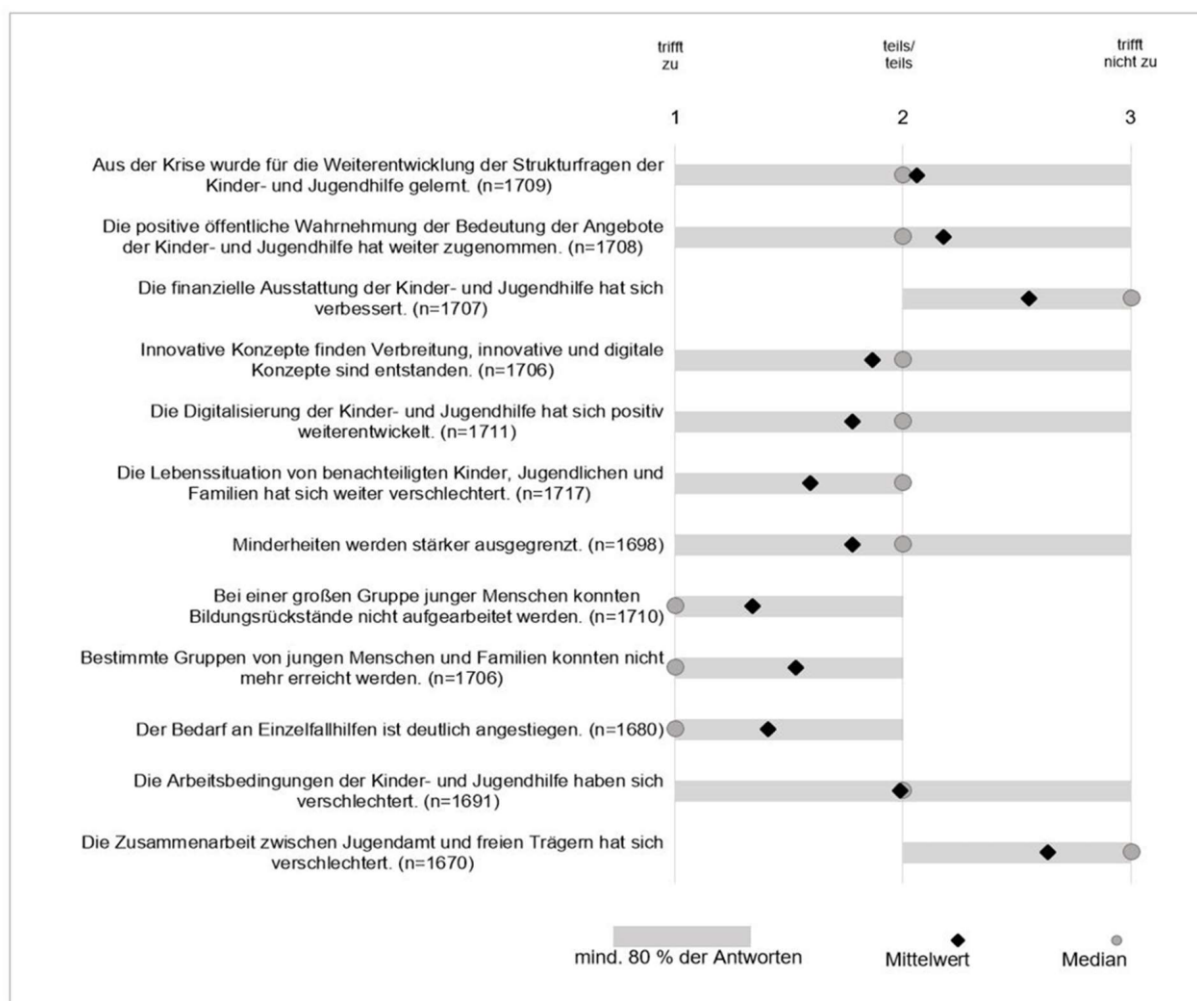
Quelle: Eigene Darstellung und eigene Berechnung.

Die Befragten sehen grundsätzliche Handlungsbedarfe in allen aufgeführten Bereichen, jedoch in unterschiedlicher Intensität. Handlungsbedarfe zeigen sich vor allem im Bereich der niedrigschwelligen Unterstützungsstrukturen und alltagsnaher und zugänglicher

Bildungsangebote. Zudem wird der digitalen Ausstattung des Jugendamtes eine hohe Bedeutung beigemessen.

Bei genauerer Datenanalyse lassen sich hier vor allem Unterschiede im Antwortverhalten der Stadt- und Landkreis-Jugendämter beobachten. Für sechs der neun Bereiche, für welche ein weiterer Handlungsbedarf eingeschätzt werden soll, zeigen sich Unterschiede zwischen den Antworten der Teilnehmenden aus Stadt- und Landkreisjugendämtern. Auch hier geben Teilnehmende aus städtischen Jugendamtsbezirken durchweg einen größeren Handlungsbedarf an als Teilnehmende aus Landkreisjugendämtern. Am deutlichsten zeigt sich dieser Unterschied bei der Frage nach der digitalen Ausstattung im Jugendamt. Während etwa die Hälfte der Befragten aus städtischen Jugendämtern einen sehr hohen Handlungsbedarf im Bereich der digitalen Ausstattung sieht, trifft dies nur auf etwa 38% der Teilnehmenden aus Landkreis-Jugendämtern zu.

Abb. 16: Beurteilung der langfristigen Folgen der Pandemie



Quelle: Eigene Darstellung und eigene Berechnung.

Abbildung 16 zeigt die Einschätzungen der Befragten zu möglichen langfristigen Folgen der Pandemie. Dabei wurde um die Beurteilung in einem Zeitraum von fünf Jahren gebeten. Die zu erwartenden langfristigen Folgen der Pandemie werden von den Befragten sehr unterschiedlich eingeschätzt. Dabei werden sowohl positive als auch negative Auswirkungen benannt. Vor allem entstandene Bildungslücken junger Menschen (vgl. hierzu bspw. Wößmann u.a. 2020) werden nach Einschätzung der Befragten nur schwer auszugleichen sein. Zudem wird erwartet, dass der Bedarf intensiver Einzelfallhilfen zunehmen wird. Hingegen gehen die Befragten davon aus, dass sich in Folge der Pandemie die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und freien Trägern nicht verschlechtern wird.

Abbildung 17 zeigt eine Auswahl der häufigsten qualitativen Nennungen, die aus Perspektive der Teilnehmenden für die Bearbeitung der Folgen der Corona-Pandemie erforderlich wären. Diese decken sich auch mit den Einschätzungen zu den drängendsten Handlungsbedarfen.

Abb. 17: Bearbeitung der Folgen der Pandemie (begründete Auswahl der häufigsten Nennungen)

Digitalisierung der Kinder- und Jugendhilfe

Dies betrifft sowohl die Digitalisierung der Jugendämter und der dafür erforderlichen Qualifikationen der Mitarbeiter*innen, als auch die digitale Weiterentwicklung von Angebotsstrukturen und Zugängen der Hilfen für junge Menschen und Familien.

Ausstattung der Jugendämter verbessern

Dies betrifft sowohl die personelle, finanzielle als auch materielle Ausstattung der Jugendämter sowie Fortbildungen und Supervisionsangebote, um eine fachlich gute Arbeit garantieren zu können.

Wertschätzung der Arbeit der Jugendämter sowie der freien Träger

Dies betrifft einerseits die grundsätzliche Wertschätzung für das Engagement und den Einsatz, eine fachlich hochwertige Arbeit unter schwierigen Bedingungen aufrecht zu erhalten, als auch die Forderung, die Arbeitsbedingungen hinsichtlich eines angemessenen Schutzes durch Testen und Impfen sicherzustellen.

Angebote der Kinder- und Jugendhilfe offen und zugänglich halten

Dies betrifft sowohl die grundsätzliche Forderung, Angebote und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe offen und zugänglich zu halten, als auch die Erreichbarkeit der Jugendämter für die Adressat*innen sicher zu stellen, aber auch die Kontakte zu den jungen Menschen und Familien dringend aufrecht zu erhalten.

Angebotsausbau vor allem niedrigschwelliger Angebote und Zugänge schaffen

Zur Bearbeitung der Folgen der Pandemie wird der Ausbau von Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe benannt. Dies betrifft vor allem den Ausbau niedrigschwelliger und somit einfach zugänglicher Hilfen, aber auch die Vereinfachung des Zugangs zu bedarfsgerechten Einzelhilfen.

Bedarfsanalyse zur Angebotsstruktur und Planung

Dies betrifft vor allem eine sozialraumbezogene und lokale Stärkung der Jugendhilfeplanung und der Steuerungskompetenzen der Jugendämter.

Verbesserung der Kooperation mit dem Bildungssystem

Dies betrifft sowohl die Tätigkeiten der Schulen sowie die Kooperation der Kinder- und Jugendhilfe mit und an Schulen. So werden mitunter die Erhöhung von Präsenzzeiten der Jugendhilfe an Schulen z.B. über Angebote der Schulsozialarbeit oder der Nachmittagsbetreuung gefordert.

Flexibilität im Umgang mit der Pandemie

Dies betrifft vor allem den Umgang mit Vorschriften und Einschränkungen, die in Folge der Pandemie erlassen werden. Hier wird gefordert, trotz dieser erforderlichen Einschränkungen dennoch flexibel die verbleibenden Handlungsmöglichkeiten auszuschöpfen und kreativ zu nutzen.

Partizipation der jungen Menschen im Umgang mit der Pandemie

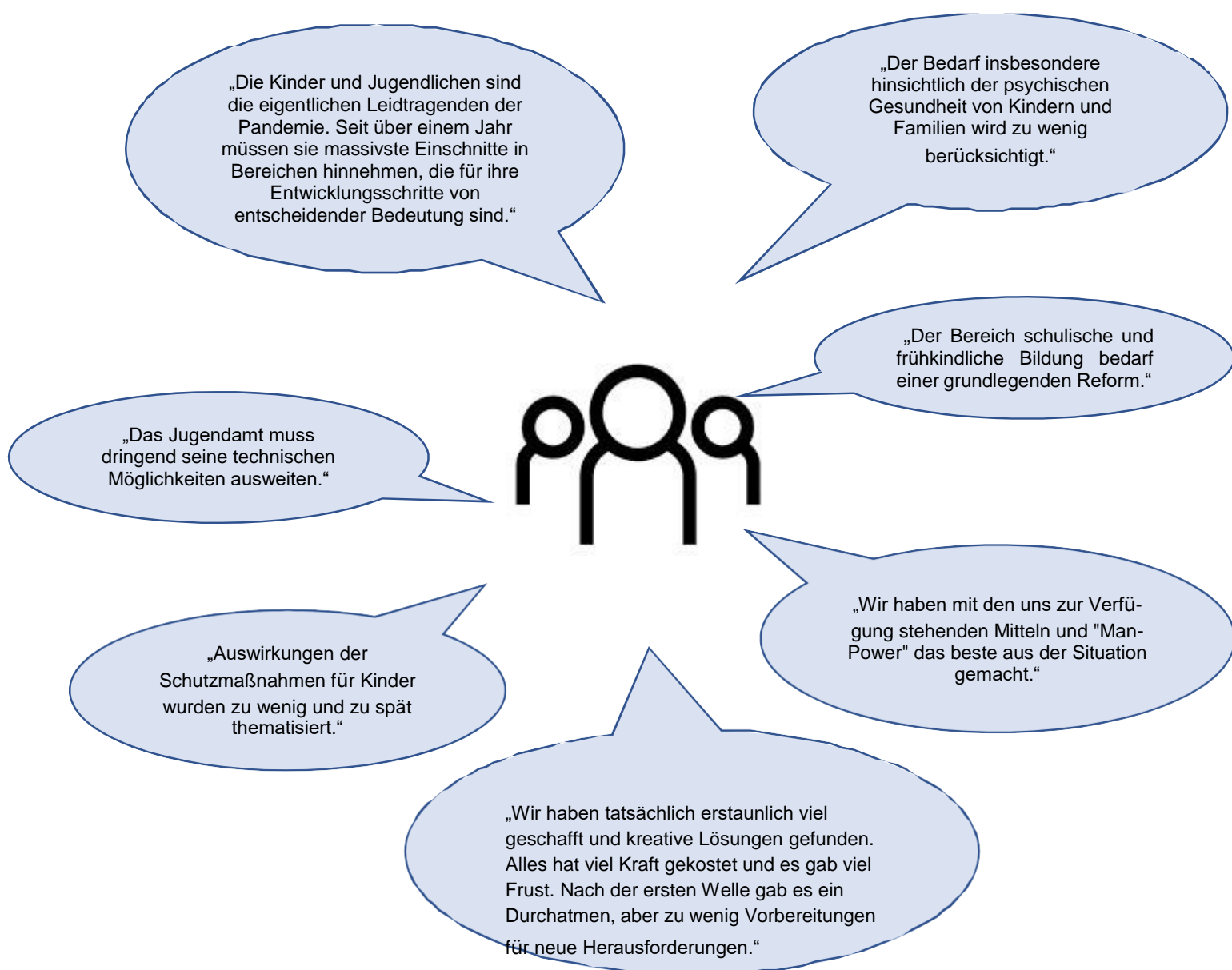
Dies betrifft vor allem die Forderung, jungen Menschen selbst stärker eine Stimme zu verleihen und ihre Perspektive in Entscheidungsprozesse, die sie unmittelbar betreffen, stärker einzubeziehen.

Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 18 zeigt eine Auswahl der Einschätzungen der Befragten hinsichtlich der Frage: „Wie lautet Ihr persönliches Fazit für die Kinder- und Jugendhilfe nach einem Jahr

Pandemie?“. Die Einschätzungen fallen diesbezüglich sehr unterschiedlich aus und weisen sowohl positive Beurteilungen als auch Verweise auf Hürden und deutliche Herausforderungen auf.

Abbildung 18: Persönliches Fazit für die Kinder- und Jugendhilfe nach einem Jahr Pandemie (Auswahl an Nennungen).



Quelle: Eigene Darstellung und eigene Zusammenstellung

5. Fazit und Ausblick

Warum eine Jugendamtsbefragung?

Die Jugendämter in Deutschland haben qua Gesetz (§ 79 SGB VIII) den Auftrag, rechtzeitig und bedarfsorientiert die Angebote und Dienste zu gewährleisten, die zur Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien notwendig und geeignet sind. Die Jugendämter kennen wie kaum eine andere staatliche Institution die konkreten Lebensbedingungen von Kindern, Jugendlichen und Familien in allen Städten und Landkreisen Deutschlands. Alles, was an sozialer Infrastruktur für Kinder, Jugendliche und Familien vorhanden ist, wird von den Jugendämtern geplant und in weiten Teilen auch finanziert. Bei der Kinder- und Jugendhilfe handelt es sich um die größte soziale Infrastruktur, die wir in Deutschland haben. Sie erreicht mit ihren unterschiedlichen Angeboten und Diensten 26 Millionen jungen Menschen und ihre Eltern (vgl. BAG Landesjugendämter 2020). Da die Welt nach der Pandemie eine andere sein wird, muss sich auch die Kinder- und Jugendhilfe auf die Post-Pandemiezeit einstellen. Die sozialen Folgen der Pandemie sind bislang noch nicht abzuschätzen. Daraus ergibt sich zwangsläufig, dass hier auch ein zentraler Ansatzpunkt für die Bearbeitung der Folgen der Pandemie liegt.

Die vorliegende Studie hatte zum Ziel, hier anzuknüpfen und wichtige Erkenntnisse dazu zu liefern, was sich aus der Perspektive der Jugendämter hinsichtlich der Bedarfslagen von jungen Menschen und Familien im Verlauf der Corona-Pandemie verändert hat und welche Unterstützungsstrukturen daraus für die Bewältigung der Pandemie notwendig werden. Zudem sollte eruiert werden, was diese Veränderungen künftig für die Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe bedeuten. In der Auswertung wurde daher auch den Fragen nachgegangen, welche Gruppen und Handlungsfelder, aber auch welche strategischen Handlungsansätze bereits jetzt für eine Post-Corona Kinder- und Jugendhilfe in den Blick genommen werden müssen, um jungen Menschen und Familien weiterhin eine bedarfsgerechte Unterstützungsstruktur und ein gutes Aufwachsen in den Kommunen bieten zu können.

Die Befragung wurde im Zeitraum vom 19.03. bis 09.04.2021 über einen onlinegestützten, standardisierten Fragebogen realisiert. An der Online-Befragung haben sich 1.744 Mitarbeitende aus über 300 der 559 Jugendämter in Deutschland beteiligt. Der Rücklauf entspricht in etwa der Verteilung der Jugendämter in Deutschland. Insofern spiegeln die Ergebnisse auch die unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten in Deutschland wider. Etwas mehr als die Hälfte aller Jugendämter (54,3 %) befinden sich in einem Landkreis. Mit 46% liegt der Rücklauf aus Landkreisjugendämtern etwas unter diesem Wert. Etwas unterrepräsentiert sind auch die Jugendämter aus kreisangehörigen Städten. Dafür sind die Jugendämter aus kreisfreien Städten etwas überrepräsentiert. Dennoch zeigen sich im Rücklauf keine großen Verzerrungen. Etwa jede 8. Jugendamtsleitung in Deutschland hat sich an der Befragung beteiligt. Bei der größten Gruppe der Befragten handelt es sich um Mitarbeitende aus den Sozialen Diensten, die mit alltäglichen, konkreten Anliegen von Kindern, Jugendlichen und Familien in oftmals schwierigen und belastenden

Lebenswirklichkeiten zu tun haben. Vertreten sind aber auch Mitarbeitende aus der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und mit einem verwaltungsspezifischen Schwerpunkt im Amt. Insofern spiegelt die Zusammensetzung der Teilnehmer*innen auch den Erfahrungsraum eines Jugendamtes wider.

Die Befunde im Überblick

Die Jugendämter sehen durch die Corona-Pandemie über alle Lebensbereiche hinweg negative Veränderungen im Leben von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen – allerdings in unterschiedlicher Intensität. Die negativen Folgen der Pandemie sind jetzt in der Breite der Gesellschaft angekommen. Es geht längst nicht mehr „nur“ um Kinder und Familien in prekären Lebenslagen (wenn auch dort in besonderer Weise). Sie betreffen weitgehend alle jungen Menschen und Familien mit deutlichen negativen Auswirkungen.

Vor allem in den Bereichen schulische Teilhabe, Übergänge in Ausbildung, Kontakt zu Gleichaltrigen, Freizeitverhalten und Engagement in Vereinen und ehrenamtliche Aktivitäten sehen über 80% der Befragten eine Verschlechterung bis eine starke Verschlechterung ihrer Lebenssituation. Insgesamt geben die Jugendämter an, dass alle Gruppen junger Menschen und Familien von den Auswirkungen der Pandemie betroffen sind. Besonders stark seien Kinder zwischen 3 bis unter 6 Jahren und Kinder zwischen 6 bis unter 14 Jahren betroffen, aber auch Alleinerziehende und psychisch erkrankte Elternteile sowie Familien in prekären Lebenslagen. Die geringste Veränderung sehen die Befragten hingegen bei bildungsnahen Familien. Adressat*innen-Gruppen, die in Folge der Pandemie zusätzlich oder verstärkt in das Blickfeld der Jugendämter rücken, sind: junge Menschen mit psychischen Problemen und Suchterkrankungen sowie Familien mit geringen sozialen und materiellen Ressourcen. Hierbei handelt es sich insgesamt um **ca. 3 - 4 Millionen Kinder und Jugendliche**, die in diese Kategorien hineinfallen.

Ganze Gruppen von jungen Menschen drohen verloren zu gehen

Nach Einschätzung von 80-90% der befragten Jugendämter hat sich die Erreichbarkeit von Jugendlichen zwischen 14 bis unter 18 Jahren, von Familien in prekären Lebenslagen und von psychisch erkrankten Eltern verschlechtert. Wenn junge Menschen aufgrund fehlender sozialer Orte und Kontakte nicht mehr erreicht werden können, dann gelingt auch der Einstieg in Förderprogramme und (präventive) Hilfsangebote schlechter oder verspätet. Vor allem mit Blick auf die beiden Abschlussjahrgänge 2020/2021 drohen etwa **100.000 junge Menschen ohne Schulabschluss** (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2020, S. 144 – eigene Hochrechnung) den Anschluss an eine weitergehende Qualifizierung zu verpassen. Vermutlich wird die Zahl der jungen Menschen ohne Schulabschluss deutlich darüber liegen. Die biografischen und gesellschaftlichen Folgen sind langfristig erheblich.

Insgesamt sehen die Jugendämter einen (starken) Mehrbedarf in allen Leistungsbereichen der Kinder- und Jugendhilfe sowie in den aufgeführten Teilhabebereichen wie materielle Teilhabe und politische Bildung.

Die stärksten Veränderungen/Mehrbedarfe werden im Bereich der schulischen Teilhabe/Schulsozialarbeit, der Jugendsozialarbeit, der sozialen Integration und dem Bereich des Kinderschutzes gesehen. Grundsätzlich sehen die Jugendämter in allen aufgeführten Leistungsbereichen der Kinder- und Jugendhilfe sowie bei Hilfen in den spezifischen Lebensbereichen einen konzeptionellen Veränderungsbedarf. Auch hier wird der größte konzeptionelle Veränderungsbedarf im Bereich der schulischen Teilhabe/Schulsozialarbeit gesehen.

Hinsichtlich der Kooperationsbeziehungen und -strukturen der Kinder- und Jugendhilfe zu anderen gesellschaftlichen Bereichen und Institutionen sehen die befragten Jugendämter einen grundsätzlichen Veränderungsbedarf in allen aufgeführten Bereichen. Am deutlichsten zeigt sich dieser Bedarf bei der Kooperation mit der Schule und den Gesundheitsämtern. Aber auch Kindertagesstätten sowie Beratungsstellen werden hinsichtlich einer verbesserten Kooperation aufgeführt.

Neue Gruppen werden mit Hilfebedarf von Jugendämtern identifiziert – der Unterstützungs- und Hilfebedarf weitet sich aus

Ein Großteil der Jugendämter berichtet, dass neue Gruppen mit Hilfebedarf – ausgelöst durch die Belastungen der Pandemie – vermehrt nach Unterstützung und Beratung fragen. Dazu gehören in besonderem Maße junge Menschen mit psychischen Problemen und Suchterkrankungen sowie Familien mit geringen sozialen und materiellen Ressourcen. Aus weiteren Untersuchungen ist bekannt, dass sich junge Menschen mit Gewalt und Missbrauchserfahrungen – auch aus Zeiten vor Corona – jetzt verstärkt an Beratungsdienste und Hilfetelefone wenden (vgl. bspw. Nummer gegen Kummer 2021). Insgesamt sehen die Jugendämter einen (starken) Mehrbedarf in allen Leistungsbereichen. **Die stärksten Veränderungen/Mehrbedarfe werden im Bereich der schulischen Teilhabe/Schulsozialarbeit, der Jugendsozialarbeit, der sozialen Integration und dem Bereich des Kinderschutzes gesehen.**

Übergänge ins gesellschaftliche Leben (bürgerschaftliches Engagement, Vereine) sind weggebrochen und lassen sich nur noch schwerlich wiederherstellen

Studien zeigen, dass die jungen Menschen die sie betreffenden Einschränkungen in hohem Maße akzeptieren (vgl. Andresen u.a. 2021; Sturzbecher et al. 2021) – z.B. zum Schutz vulnerabler Gruppen. Zudem engagieren sie sich in Hilfsprojekten, starten soziale Aktionen und sind wichtige Multiplikator*innen bei der Verbreitung neuer digitaler Formate. Dennoch geben ca. 90% der Befragten in Jugendämtern an, dass die Übergänge in Vereine (z.B. Sport, Kultur, Umwelt, Selbstorganisationen) in einem erheblichen Ausmaß weggebrochen sind. Gerade diese sozialen Orte spielen im Sozialisationsprozess der jungen Menschen eine ganz zentrale Rolle. Hier werden das soziale Zusammenleben gelernt, soziale Normen angeeignet und die Verantwortungsübernahme für gesellschaftliche Aufgaben erprobt. Hierfür steht im Leben junger Menschen oftmals nur ein kurzes und kleines Zeitfenster zur Verfügung, dass in den letzten beiden Jahren pandemiebedingt fast komplett geschlossen war. Hier zeigt sich dringender Handlungsbedarf.

Die Jugendämter sehen grundsätzliche Handlungsbedarfe in allen aufgeführten Bereichen. Handlungsbedarfe zeigen sich vor allem im Bereich der niedrigschwelligen Unterstützungsstrukturen sowie alltagsnaher und zugänglicher Bildungsangebote. Zudem wird der digitalen Ausstattung des Jugendamtes eine hohe Bedeutung beigemessen.

Die zu erwartenden langfristigen Folgen der Pandemie werden von den Befragten unterschiedlich eingeschätzt. Vor allem entstandene Bildungslücken junger Menschen werden nach Einschätzung der Befragten nur schwer auszugleichen sein. Zudem wird erwartet, dass der Bedarf intensiver Einzelfallhilfen zunehmen wird.

Insgesamt wird bei den Rahmenbedingungen hinsichtlich der finanziellen Ausstattung und der kommunalpolitischen Rahmenbedingungen der Kommunen struktureller Handlungsbedarf gesehen. Steigt der Hilfebedarf wie zu erwarten, werden vor allem finanzschwache Kommunen mit hoher Armuts- und Arbeitslosenquote in besonderer Weise betroffen sein. Gerade in den Kommunen mit dem größten Investitionsbedarf in eine nachteilsausgleichende soziale Infrastruktur werden jedoch die wenigsten Ressourcen zur Verfügung stehen.

Für eine erhebliche Anzahl von jungen Menschen und Familien wird sich ihre Lebenssituation nach der Pandemie erst richtig verschlechtern. Die sozialen, ökonomischen, schulischen, politischen und gesellschaftlichen Probleme werden dann erst in voller Tragweite sichtbar. Deshalb sind jetzt Post-Corona-Strategien zu entwickeln.

Die Auswirkungen der Pandemie wirken wie Beschleuniger auf soziale Probleme und ungeklärte Strukturfragen, die es vorher auch schon gab. Über 90% der Befragten gehen

davon aus, dass sich die Situation von bildungsbenachteiligten jungen Menschen, von Kindern mit Migrationsgeschichte oder in belasteten familiären Lebenssituationen weiter verschlechtern wird. Um diese dramatische Entwicklung zu verhindern, braucht es in jeder Stadt und in jedem Landkreis neue Konzepte und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe.

Konsequenzen

Fast zwei Jahre Pandemie wirken wie Beschleuniger für bereits bestehende Strukturprobleme. Wie unter einem Brennglas werden schonungslos Strukturfragen offengelegt. Was vor der Pandemie gut funktioniert hat, konnte auch in Krisenzeiten aktiviert werden (z.B. tragfähige Kooperationsbeziehungen, Innovationsbereitschaft, flexible und bedarfsorientierte Lösungen). Die zentrale Bedeutung, die die soziale und familiäre Herkunft bisher in der Pandemie hatte, macht deutlich, dass die Kluft bei den realen Teilhabechancen nach der Pandemie deutlich größer sein wird. Diese Spaltung wird sich auch zwischen „armen“ und „reichen“ Kommunen weiter vergrößern. Das bedeutet, dass sich die Lebensverhältnisse in Deutschland mit Blick auf die Teilhabechancen von jungen Menschen ebenfalls deutlich auseinander entwickeln werden: Abgehängte drohen noch weiter abzustürzen, soziale Ausgrenzung wird mitunter verstärkt. Gleichzeitig zeigte sich auch in die andere Richtung viel soziales Engagement, das durch nachhaltige, finanzierte und verlässliche Programme gestärkt und ausgebaut werden muss. Im Bereich der Jugendarbeit wird der Bereich der politischen Bildung neu vermessen werden müssen.

Zur Bearbeitung der Folgen der Corona-Pandemie wäre ein **POST-Corona-Kinder- und Jugendhilfefonds (2022 – 2027)** von Bund, Ländern und Kommunen angezeigt. In allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe wird es einen deutlichen Mehrbedarf bedingt durch die Pandemie und zur Abwendung der langfristigen negativen Folgen für junge Menschen und Familien geben. Diese Mehraufwendungen werden die Kommunen nicht alleine aufbringen können, zumal in den verschuldeten Kommunen hierzu kaum Möglichkeiten vorhanden sind. Dadurch würden sich die sozialen Ungleichheiten in Deutschland weiter verschärfen. Der Mehrbedarf könnte sich auf etwa 5 - 10% der regulären Aufwendungen für die Kinder- und Jugendhilfe (aktuell ca. 56 Mrd. Euro) belaufen, die über einen Fonds den Kommunen (Jugendämtern) für die Kinder- und Jugendhilfe zur Verfügung gestellt werden sollten.

Was wir wissen und was bestätigt wird: eine **Post-Corona Kinder- und Jugendhilfe** braucht eine **Gesamtstrategie**, weil alle Familien betroffen und für ca. 20 – 25% der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen dauerhafte Benachteiligungen und erhebliche gesellschaftliche Folgeprobleme zu erwarten sind. Daher bedarf es nicht nur singulärer Hilfsprogramme (z.B. für Nachhilfe), sondern diese müssen Teil einer nachhaltigen kommunalen Gesamtstrategie sein. Für die Umsetzung braucht es starke, kompetente und leistungsfähige Jugendämter, die vor Ort die Umsetzung fachlich gestalten.

Zu den Schwerpunkten der Finanzierung aus dem Fonds gehören:

- der **Verteilschlüssel** orientiert sich an der Anzahl von jungen Menschen unter 27 Jahren und der Kinder-/Jugendarmutsquote – da, wo der Unterstützungsbedarf am größten ist, sollten auch mehr Mittel zur Verfügung stehen.
- die ausgewiesenen **Betroffenengruppen** sollten in besonderer Weise Berücksichtigung finden: Jugendliche, mit psychischen Erkrankungen, mit Bildungsbenachteiligung, ...
- 1 Mrd. Euro für **Nachhilfe**,
- die verlorenen Zeiten können nicht nachgeholt werden. Aber über die Angebote der Jugendarbeit können neue Gelegenheitsstrukturen geschaffen werden. Hierzu müssen vor Ort **Räume und personelle Ressourcen** aufgebaut bzw. erweitert werden, ...
- Aufbau **demokratiefördernder Ansätze**, von Beteiligungsstrukturen für junge Menschen, von Zugängen zu politischen Prozessen, ..
- Unterstützung von **Vereinen, Engagementprojekten, Selbstorganisationen von jungen Menschen**,
- Stärkung der **Jugendsozialarbeit** in der Übergangsgestaltung von der Schule in den Beruf, eine Ausbildungsgarantie für Jugendliche, Unterstützung von Betrieben, ...
- ein „finanziertes“ freiwilliges **„soziales Jahr“** für alle jungen Menschen, ...
- Umsetzung einer **Digitalisierungsstrategie** für die Kinder- und Jugendhilfe, ...

An der Ausgestaltung der Post-Corona-Strategie müssen junge Menschen aktiv beteiligt werden und Mitspracherechte erhalten: deshalb etabliert werden sollten ein **Jugendbeirat** auf Bundes- und Länderebene und in jeder Kommune, ein **Jugendbericht** in der nächsten Legislaturperiode, der von jungen Menschen selbst mitverfasst wird sowie eine **Jugendbefragung**, die sicherstellt, dass die Bedürfnisse der jungen Menschen in der Breite und regelmäßig in die Strategieentwicklung einfließen.

6. Literatur

AGJ (2020). Zwischenruf: Schutz für die besonders Bedürftigen. Berlin, 09.12.2020. Online verfügbar unter https://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2020/AGJ-Zwischenruf_besonders-Schutzbeduerftige.pdf [zuletzt aufgerufen am 16.04.2021].

Autorengruppe Kinder- und Jugendhilfestatistik: Kinder- und Jugendhilfereport 2018. Opladen 2019

Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2020. Bielefeld 2020

Andresen, Sabine; Schröer, Wolfgang: Das falsche Signal. In: Spieß, C. K.; Deckers, D.; Fegert, J. M. (2021): Zusammenhalt in Corona-Zeiten: familienwissenschaftliche Perspektiven. DIW Berlin: Politikberatung kompakt, 163 DIW Berlin

Andresen, S.; Heyer, L.; Lips, A.; Rusack, T.; Schröer, W.; Thomas, S.; & Wilmes, J. (2021). Das Leben von jungen Menschen in der Corona-Pandemie. Gütersloh 2021. Online verfügbar unter https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Familie_und_Bildung/Studie_WB_Das_Leben_von_jungen_Menschen_in_der_Corona-Pandemie_2021.pdf [zuletzt aufgerufen am 16.04.2021].

BAG Landesjugendämter (Hrsg.) (2020). Der Jugendamtsmonitor. Aufgaben – Trends – Daten. Köln.

Müller, H.; Bahm, C.; de Paz Martínez, L.: Wie hat der Kinderschutz in Rheinland-Pfalz in Zeiten von Corona funktioniert? Ergebnisse zu den Verdachtsmeldungen zu Kindeswohlgefährdungen gem. § 8a SGB VIII bei den rheinland-pfälzischen Jugendämtern von Januar bis September 2020. In: Das Jugendamt, Heft 12/ 2020. Heidelberg

Nummer gegen Kummer (18.02.2021): Pressemitteilung: Nummer gegen Kummer. Mehr Beratungen in 2020, Elterntelefon so gefragt wie nie zuvor. Online verfügbar unter https://www.nummergegenkummer.de/wp-content/uploads/2021/02/PM_NgK_Zahlen_2020-2021.pdf (zuletzt aufgerufen am 19.04.2021).

Oeynhausens, S.; Milde, B.; Ulrich, J.G.; Flemming, S. & Granath, R-O. (2020): Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2020. Analysen auf Basis der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit zum Stichtag 30. September. Fassung vom 15.12.2020. Online verfügbar unter https://www.bibb.de/dokumente/pdf/ab11_beitrag_ausbildungsmarkt-2020.pdf [zuletzt aufgerufen am 16.04.2021].

Ravens-Sieberer, U.; Kaman, A.; Otto, C.; Adedeji, A.; Napp, A.K.; Becker, M.; Blanck-Stellmacher, U.; Löffler, C.; Schlack R.; Hölling, H.; Devine, J.; Erhart, M. & Hurrelmann K. (2021): Seelische Gesundheit und psychische Belastungen von Kindern und Jugendlichen in der ersten Welle der COVID-19-Pandemie – Ergebnisse der COPSY-Studie. Bundesgesundheitsbl, DOI 10.1007/s00103-021-03291-3

Spieß, C. K.; Deckers, D. & Fegert, J. M. (2021). Zusammenhalt in Corona-Zeiten: familienwissenschaftliche Perspektiven. DIW Berlin: Politikberatung kompakt, 163.

Sturzbecher, D.; Dusin, R.; Kunze, T.; Bredow, B.; Pöge, A. (2021): Jugend in Brandenburg 2020. Auswirkungen der Corona-Pandemie. Materialien zur Pressekonferenz am 17.02.2021 in Potsdam. IFK e. V. an der Universität Potsdam, Potsdam. Online verfügbar unter https://mbjs.brandenburg.de/media_fast/6288/corona-jugendstudie_2020.pdf [sic] [zuletzt aufgerufen am 16.04.2021].

Wößmann, L.; Freundl, V.; Grewenig, E.; Lergetporer, P.; Werner, K. & Zierow, L. (ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.) (2020). Bildung in der Coronakrise: Wie haben die Schulkinder die Zeit der Schulschließungen verbracht, und welche Bildungsmaßnahmen befürworten die Deutschen? In: ifo Schnelldienst 9 / 2020, 73. Jahrgang, 16. September 2020. Online verfügbar unter <https://www.ifo.de/DocDL/sd-2020-09-woessmann-et-al-bildungsbarometer-corona.pdf> [zuletzt aufgerufen am 16.04.2021].